

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 Bezieht für die sechsgehaltene Kolonialzeitung über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Ereignisse und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Wort 20 Pf. (zweifache Preisgebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Großes Reinmachen im Ovamboland.

Das Wort entstammt dem bizarren Sprachschatz des Herrn Maximilian Harden. So wenig man für gewöhnlich den mystisch-gepreizten Stilübungen und der wichtigtuenden Geheimnisträmerie dieses Herrn Wert beizumessen braucht, — mit seinem Ausspruch vom „großen Reinmachen im Ovamboland“ scheint er doch die Pfade, die die neueste Kolonialpolitik zu betreten gedenkt, recht klar beleuchtet zu haben.

Der deutsche Imperialismus ist nach längerer Latenzlosigkeit wieder rührig geworden. Inwiefern die innerpolitische Lage und die kommenden Reichstagswahlen ihn auf die Beine gebracht haben, soll hier nicht näher untersucht werden. Jedenfalls hat unser Imperialismus aber jetzt zwei Eisen im Feuer: die Agadiraffäre und eine große Aktion im Norden unserer südwestafrikanischen Kolonie. Nicht unmöglich ist aber auch, daß beide in sehr engem Zusammenhange stehen, daß die Entsendung des Kreuzers „Berlin“ nur ein Schachzug war, um Frankreich und England zu zwingen, einer Ausdehnung der deutschen Machtsphäre in Südwestafrika ihre Zustimmung zu geben, daß die vielgenannte „Kompensation“ in der restlosen Überlieferung des Ovambolandes in das deutsche Schutzgebiet bestünde. Für diese Annahme spricht die nicht dementierte Meldung des „Echo de Paris“, nach der Herr v. Kiderlen-Wächter kürzlich in Riffingen zum französischen Vorkonsul Cambon gesagt haben soll, daß die Aktion von Agadir nur unternommen sei, um eine Vergrößerung der deutschen südwestafrikanischen Besitzungen durchzuführen. Auch manche Äußerungen der englischen Regierung und Presse würden unter diesem Gesichtswinkel verständlicher werden.

Von unserem südwestafrikanischen „Zuwel“ ist in den letzten beiden Jahren in Deutschland verhältnismäßig wenig gesprochen worden. Nicht etwa deshalb, weil dies Land sich nach dem Kriege allmählich in den Zustand einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung hineinklebte, die zu einer Blüte führte, wie sie Dernburgs üppige orientalische Phantasie zur Zeit der Hottentottenwahlen dem deutschen Michel vorgaulelte. Ach nein, im Gegenteil! Gutes war aus der südwestafrikanischen Stein- und Sandwüste nicht zu melden, und das Schlimme war nur zu bekannt, als daß man es immer wieder der Deffektivität in Erinnerung zu bringen wünschte. Der kurze Diamantentumel war sehr schnell verpufft. Es ist mehr als fraglich, ob in 10 Jahren überhaupt noch von einer Diamantenausbeute in Deutsch-Südwestafrika wird geredet werden können. Der Farmbetrieb vegetiert nach wie vor kümmerlich dahin; neben der Trockenheit und anderen klimatischen Landplagen, hat er auch unter dem Mangel an Arbeitskräften zu klagen dank der Ausrottungsstrategie des Generals von Trotha, dieses Völkstier der deutschen Kolonialgeschichte, dank auch der Eingeborenenpolitik der deutschen Regierungsbureaucratie. Diese hält die spärlichen Ueberreste der Herero- und Nama- und der Hottentotten derartig unter Druck, daß die Eingeborenen als selbständige Faktoren bei der wirtschaftlichen Ausnutzung der Kolonie gänzlich ausfallen. Als nur dem Namen nach freie Arbeiter können sie im Farmbetriebe und bei der Diamantenausbeute nicht genügen. Wenn dann noch, wie es bei einem Bahnbau der Firma Koppel geschah, aus Britisch-Südafrika bezogene schwarze Arbeiter, anlässlich einer geringfügigen Differenz, von der Schutztruppe zu Duzenden zusammengetrieben werden, so ist es begreiflich, daß es auch mit fremden Arbeitskräften schlecht bestellt ist.

Die wirtschaftliche Misere Deutsch-Südwestafrikas äußerte sich in den letzten Jahren durch ein vielstimmiges Gezänk der verschiedenen Interessengruppen. Die kleineren Land-, Minen- und Diamantenspekulanten geiferten gegen Dernburg und die von ihm begünstigten großkapitalistischen Ausbeutergesellschaften, die Farmer schimpften auf die Regierung, andererseits lagen sich aber auch die einzelnen Farmerverbände in den Paaren, kurz — die innerpolitische Situation der Kolonie entsprach und entspricht vollständig der wirtschaftlichen Sterilität und Ausfallslosigkeit. Ein für Kolonialfanatiker gewiß schwurkräftiger Zeuge, Herr Dr. Karl Peters hat erst jetzt im „Tag“ die traurigen Zustände in Deutsch-Südwestafrika bestätigt.

Aus Farmerkreisen wurden Stimmen laut, die ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht als die Erlösung von allen Uebeln proklamierten und dieses Recht nachdrücklich verlangten. Nun mag man ein noch so großer prinzipieller Freund der Selbstverwaltung sein, in diesem Falle würde sie aber an dem südwestafrikanischen Jammer nichts ändern; die klimatischen und geographischen Ungünstigkeiten der Kolonie lassen sich auch durch die Selbstverwaltung nicht beseitigen, die Eingeborenen würden aber vielleicht unter einer Farmerherrschaft noch mehr ausgebeutet und entrechtet werden. Denn alle Träger „deutscher Gesittung“ im schwarzen Erdteil pfeifen auf die „Kulturarbeit“ an den Schwarzen; sie wollen alle — seien sie nun Farmer, Plantagenbesitzer oder Minenspekulanten — möglichst hohe Profite aus ihrem Besitz mit den Knochen der Regier herauswirtschaften. Wenn die Mehrzahl der südwestafrikanischen Farmer nicht auf Rosen gebettet ist, so ist die Wahrscheinlich-

keit einer rücksichtslosen Ausbeutung ihrer schwarzen Arbeitskräfte erst recht gegeben.

Ganz falsch und wahrheitswidrig ist aber auch die Begründung, mit der die Südwestafrikaner ihren Anspruch auf die Selbstverwaltung erheben. Sie behaupten, ihre Kolonie trage die Kosten ihrer Verwaltung und Erhaltung selbst. Das ist glatt gelogen. Der ordentliche Etat Südwestafrikas für 1911 weist rund 34 Millionen an Ausgaben auf, denen nicht ganz 22 Millionen Mark an Einnahmen aus der Kolonie selbst gegenüberstehen (einschließlich 10 Millionen Abgaben für die Diamanten-Ausbeute und -Ausfuhr, die von Jahr zu Jahr zurückgehen wird). Das Reich, d. h. die deutschen Steuerzahler müssen in diesem Jahre also 11½ Millionen zuschießen, um den ordentlichen Etat zu balancieren. Außerdem sind in den außerordentlichen Etat Südwestafrikas noch 9 Millionen Mark zu Bahnbauten eingestellt, die natürlich auch aus Reichsmitteln entnommen werden. Ueber 20 Millionen Mark steckt also schon jetzt im Jahre 1911 das deutsche Volk auf Kummerwiedersehen in seine südwestafrikanische Kolonie. Aber es tue nur Geld in seinen Beutel: Jetzt kommt das „große Reinmachen im Ovamboland“, und was das kosten wird, das wissen die Götter!

Den südwestafrikanischen Farmern und Spekulanten strahlt aber jetzt ein Hoffnungsstern an ihrem troden heißen Horizonte. Das große Land im Norden der Kolonie, das bisher für jede Betätigung des Kolonialkapitalismus gesperrt war, soll bald „erschlossen“ werden. Der halbhanfrotte Farmer hofft auf billige und gute Arbeitskräfte, denn die Stämme der Ovambos enthalten zahlreiches und kräftiges Menschennaterial, die Kolonialspekulanten sehen gewinnbringenden Landerwerb voraus, phantastieren von einer Fortsetzung der Diamantensfelder, ja sogar von Goldsunden im Ovamboland, und auch die Kolonialbureaucratie und der Kolonialmilitarismus hoffen auf neue Lorbeeren im Gebiete des Kuene-Flusses.

Nur schade, daß das Geschäft nicht so einfach ist, daß die Ovambos selbst als Glieder der freiheitsliebenden Bantunegerasse ein Wort dabei mitreden werden, und daß die Sache auch ihre internationalen Pflichten hat.

Im nächsten Artikel wollen wir untersuchen, worin das „große Reinmachen“ im Ovamboland bestehen, welche Unkosten es verursachen und wer schließlich die Zeche zu zahlen haben wird.

Die Verhandlungen über Marokko.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung haben am Sonntag begonnen. Ueber ihren Inhalt befragt eine amtliche Verlautbarung:

Berlin, 9. Juli. Der französische Vorkonsul Herr Jules Cambon, der gestern abend in Berlin wieder eingetroffen ist, hat heute nachmittags den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kiderlen-Wächter in dessen Wohnung aufgesucht. Die Aussprache beider hat ergeben, daß keinerlei Anlaß zur Unruhe vorliegt, daß vielmehr auf beiden Seiten der ausdrückliche Wunsch besteht, sich über etwaige Differenzen zu verständigen.

Man kann nur wünschen, daß auch im weiteren Verlauf das deutsche und das französische Volk in Ruhe gelassen und die Diplomaten die selbst geschaffenen Streitigkeiten ohne allzu viel Spektakel endlich beseitigen.

Konservative Kriegsbege.

Die parteiamtliche „Konserv. Korresp.“ schreibt über das Marokko-Abenteuer:

„Was die Zukunft anbetrifft, so haben Prophezeiungen wenig Zweck, vielmehr können wir bei dem absoluten Vertrauen, welches der augenblickliche Leiter unserer auswärtigen Politik genießt, den Lauf der Dinge in aller Gemütsruhe abwarten. Es ist kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung den Pariser Advokatenkniffen mehr Wert beimessen wird, als sie verdienen. Die Weltgeschichte wird nicht mit Tinte, sondern mit ehernem Griffel geschrieben. Drei Möglichkeiten liegen vor: 1. Krieg oder 2. Zurückziehung aller französischen und spanischen Truppen in Marokko oder 3. gleiches Recht für Deutschlands Vorgehen in Marokko. Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß uns jede dieser drei Möglichkeiten recht sein wird.“

Die konservative Parteiliste erklärt also mit dürren Worten, daß ihr ein Krieg mit Frankreich recht wäre. Dieses gewissenlose Spielchen mit dem Feuer soll den Herren wahrlich unversehrt bleiben. Im Inlande verweigern sie der Arbeiterklasse die politische Gleichberechtigung. Aber sie bedenken sich keinen Moment, die Arbeiter als Kanonenfutter in die Schlacht zu schicken. Der Krieg ist ihnen recht. Nun, bei den Wahlen soll den Kriegsherrn der Standpunkt deutlich klar gemacht werden!

Die Auffassung in Frankreich.

Paris, 9. Juli. (ig. Ver.) Da das Ergebnis des gestrigen Ministerrats und die dem Berliner Vorkonsul mitgegebenen Instruktionen streng geheimgehalten werden, begnügt sich die heutige Presse hauptsächlich mit mehr oder minder glaubwürdigen Nachrichten aus dem Ausland und allgemeinen Betrachtungen, die teils auf eine belanglose Kanariegeheri, teils auf eine weniger harmlose Stimmungsmacherei hinauslaufen. Zu denen, die Gel ins Feuer zu gießen beflissen sind, gehört natürlich der „Matin“, der seine Leser durch einen Artikel über die — Fleischtsteuerung Hawi-

nistisch zu präparieren sucht, die er hauptsächlich auf einen „Zug“ des ausgehungerten Deutschland, dessen Boden gerade noch zum Anbau von Kohl taugte, auf den französischen Markt zurückführt. — In seiner Marokko-Rubrik bemüht sich der „Matin“ namentlich, die Standpunkte der deutschen Diplomatie und der Diplomatie der Triple-Entente als derart unvereinbar hinzustellen, daß eine friedliche Lösung ohne den vollständigen Rückzug der deutschen unmöglich erscheint. Wenn er gefiern als die unantastbaren Prinzipien, die der Verhandlung zwischen Paris und Berlin zur Grundlage dienen müßten, den Verzicht Deutschlands auf jede Landerwerbung in Marokko und die wirtschaftliche Gleichstellung Englands und Deutschlands in diesem Land hingestellt hat, so will er jetzt in Berlin erfahren haben, daß man dort die Wiederherstellung des Statusquo ablehne und ein für allemal dem marokkanischen Wirrwarr ein Ende machen wolle, um nicht länger der Dupierte zu sein. Nun könnte das freilich auch besagen, daß Deutschland bereit sei, gegen entsprechende Kompensationen Marokko definitiv der französischen Schutzherrschaft zu überlassen. Aber der Petersburger Korrespondent desselben Blattes meldet, daß die deutsche Regierung der russischen erklärt habe, daß die Region von Sus nicht in die in Algerien und durch das Abkommen von 1900 anerkannte Einflusssphäre gehöre, daß also Deutschland das Recht, seine Bürger zu schützen, dort allein auszuüben besetzt sei. Darum werde das Schiff solange dort bleiben, bis die deutschen Interessen außer Gefahr seien. Hierin will der Korrespondent die klare Forderung der Aufteilung Marokkos erkennen, was ja sicher zu weit geht. Wäre aber die deutsche Regierung wirklich dieser Auffassung, daß auf die Region von Sus die Verträge keinen Bezug hätten, so stünde dies im Widerspruch mit der offiziellen, in der „Wiener Allgemeinen Ztg.“ veröffentlichten Information, wonach die Regierung ihren Anspruch darauf basiert, daß die Ereignisse dieses Jahres die früheren Abmachungen bedeutungslos gemacht hätten. Denn wenn die Region von Sus von Anfang an von ihnen nicht berührt war, wozu mußten sie erst hinfällig werden, damit Deutschland dort intervenieren könne? Liegt der Widerspruch in der Unzulässigkeit der Rückwärtsführung, in der diplomatischen Intrige oder darin, daß die Diplomatie schließlich selbst nicht mehr weiß, was sie will? — Nebenbei, wie verantwortlich darauf losgeschmiert wird, wird durch die Ungenauigkeit illustriert, womit Sus einmal als ein von Hitze ausgebrütetes Land von fragwürdigem Wert, das anderemal — wie in der Petersburger Meldung des „Matin“ — ohne weiteres als die „reichste Provinz Marokkos“ hingestellt wird.

Das alberne Bemühen der Berliner Offiziösen und Kolonialisten, den kalten Wasserstrahl aus London in eine höchst willkommene Beträufelung des deutsch-imperialistischen Hoffnungsbecks umzulagern, hat natürlich in England ein spöttisches Schmunzeln hervorgerufen, das man in Frankreich gerne bemerkt. Doch ist die Jingo-Presse, die in England dieselben sauberen Geschäfte besorgt wie ihre deutsche Genossinnenverwandte, offenbar besorgt, daß sich die deutsche Regierung vernünftigerweise auf die Forderung wirtschaftlicher Vorteile zurückziehen könnte. Der Londoner Korrespondent des „Paris-Journal“ verzeichnet, daß die Enthüllungen der Pariser Presse — d. h. vor allem des „Temps“ — über gewisse deutsch-französische Verhandlungen finanzieller Art in Geschäftskreisen „keinen guten Eindruck gemacht“ hätten. Besonders die „Times“ suchen gegen diese Politik Stimmung zu machen und auf die Regierungen Frankreichs und Englands eine Pression auszuüben. „Paris-Journal“ meint: „Jede Konzession, durch die Frankreich Deutschland Vorteile gewährt, die das Prinzip der offenen Tür verleiht, würden in den industriellen und kommerziellen Kreisen jenseits des Kanals eine lebhafteste Verstimmung hervorrufen.“ — Auf diese Kreise geht wohl auch die Versicherung oder besser Drohung zurück, daß England, wenn in der heute ruhigen Region von Agadir „zufällig“ Unruhen ausbrechen sollten, nicht zögern würde, aus seiner Reserve herauszutreten und sofort einen bedeutenden Teil seiner Mittelmeerflotte zur Verteidigung seiner Interessen und seines Prestiges an der marokkanischen Küste des Atlantischen Ozeans zu entsenden. Hier kommt der Wunsch der englischen Schatzmacher, den Konflikt nötigenfalls ohne Rücksicht auf den Entente-Genossen zum Weltkrieg zu treiben, zu unverhülltem Ausdruck.

Dagegen bietet der „Figaro“ in einem Artikel, der wohl mit den in der französischen Regierung herrschenden Wünschen übereinstimmt, Deutschland eine Verständigung auf der Basis des Status quo an. Frankreich werde sehr bald seine Truppen aus Fes zurückziehen, warum sollte Deutschland nicht mit seinem Kreuzer in Agadir das selbe tun? Und ein zweiter Artikel über die „englischen Interessen in Marokko“ hat die deutliche Tendenz, Deutschland den Nutzen wirtschaftlicher Konzessionen in Marokko plausibel zu machen, wobei die Bereitschaft, die den Engländern eingeräumte Vorzugsbehandlung gegebenenfalls auf die Deutschen auszu dehnen, ziemlich deutlich wird. Der Artikel setzt auseinander, daß England 1904 durch den Verzicht auf seine „vielleicht etwas unsicheren Rechte in Marokko“ gegen die Einräumung völlig gleicher Behandlung im Handel außerordentlich profitiert habe. Namentlich sei die Zufuhrbestimmung von Wichtigkeit geworden, die den englischen Waren den freien Durchgangsverkehr durch Algerien gestattete. Welche weiteren Vorteile würden künftig aus einer Bahn an die algerische Grenze und aus einer Bahnverbindung zwischen Casablanca und Fes erwachsen! 1907 betrug der englische Handel in Marokko 25 Millionen, 1908 41½ Millionen, 1909 52 339 000 Fr. Er hat so den französischen überholt, der nur 51 255 000 Fr. betrug. In Casablanca ist er

*) Der frühere Gouverneur von Südwestafrika, General v. Deutwein stellt fest, daß durch den Krieg die eingeborenen Arbeitskräfte zu zwei Dritteln zerstört worden sind.

Von 1908 bis 1909 von 3631 000 Fr. auf 9 470 000 Fr. gestiegen. Dazu kommen die Anlagen in Immobilien, die in der Schauja auf 820 000 Fr. geschätzt werden, die sich auf 80 englische Häuser verteilen, um Casablanca haben die Engländer in Immobilien 1 492 000 Fr., während das französische Kapital in Immobilien in beiden Gebieten nur 1 736 000 Fr. beträgt. Nur in Bezug auf landwirtschaftliche Anlagen steht England zurück, was vielleicht ein Sinn nach dem freien Platz ist. Der „Figaro“ schreibt, daß diese Resultate beweisen, daß Frankreich in Marokko im Interesse aller Kulturenationen arbeite.

Was die „Kulturarbeit“ der kapitalistischen Staaten anlangt, so wissen unsere Leser, was sie davon zu halten haben. Aber es ist unzulässig, daß auch bei Aufrechterhaltung des Weltfriedens der Kapitalismus auf seine Rechnung kommen kann und daß auch die Abhaltung des deutschen und des englischen Kapitalismus nicht auf dem Schlachtfeld ausgezogen werden muß. Der Krieg um Marokko willen wäre auch vom kapitalistischen Standpunkt ein um so größeres Verbrechen, als die im Gang befindliche Erschließung des westlichen und des inneren Asien den Expansionsbedürfnissen des Kapitals weitaus größere Perspektiven eröffnet als Nordwestafrika.

Die Internationale gegen die Kriegsgefahr.

Ein Protestmeeting in Paris.

Paris, 10. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Generalrat der geeinigten sozialistischen Partei, der zusammengetreten war, um die Stellung der Partei zu der von der C. B. L. gehandhabten Sabotage-Taktik gegen das Altersversicherungsgesetz zu fixieren, nahm einen Antrag an, der die von der Seine-Föderation für Mittwoch einberufene Protestversammlung gegen die Abenteuerpolitik in Marokko gutheißt. Als Redner sind die Genossen Baillant, Jaurès und Pressensé bestimmt. Die deutsche Sozialdemokratie und die englische Arbeiterpartei werden eingeladen, eine Vertretung zu entsenden.

Die englischen Genossen gegen die Abenteuerpolitik.

London, 10. Juli. (P. Z.) Der Führer der englischen Sozialisten, Keir Hardie, erklärte, daß das Internationale Sozialistische Bureau sich klar und deutlich gegen jede Möglichkeit eines Krieges, der aus der Marokkofrage entstehen könnte, ausgesprochen habe. Die sozialistischen Parteien der ganzen Welt werden ihr möglichstes tun, um zu vermeiden, daß ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland wegen Marokko ausbrechen könnte.

Spanische Proteste.

Barcelona, 10. Juli. (P. Z.) Die vereinigten Sozialisten und Republikaner haben hier gestern ein großes Meeting abgehalten, in dem gegen die spanische Intervention in Marokko protestiert wurde. Die Redner erklärten, daß Spanien so viel mit seinen inneren Verhältnissen zu tun habe, daß es besser wäre, sich nicht auf koloniale Abenteuer einzulassen. Ueber 20 000 Personen nahmen an der Demonstrationsversammlung teil. Die Union Sozialistische veröffentlicht ein Manifest gegen die Okkupation von Larraja und Elksar durch Spanien. Große Erregung herrscht in Katalonien wegen der Haltung der spanischen Regierung in der Marokko-Angelegenheit.

Spanische Sylvester-Streiche.

Paris, 9. Juli. Aus Elksar wird berichtet: Trotz der aus Madrid ergangenen Gegenbefehle hat Oberst Sylvester am frühen Morgen des Ausfluges einen spanischen Posten erreicht, der sich auf eine längere Dauer einrichtet. Spanische Patrouillen zwingen sämtliche Einwohner, um 9 Uhr ihre Wohnungen aufzulassen. Sie entwaffnen alle Kaufleute, die zur Verladung ihrer Geschäfte nach dem Juncos des Landes reisen und Waffen tragen. Einen nach Sul el Arba reisenden Nefsa hielten die Spanier eine ganze Nacht gefangen und sollen auch einen der Reise geöffnet haben, die er bei sich führte. Die aus Fez entsandten 250 spanischen Reiter sind in der Stadt angekommen, in der lebhafteste Unzufriedenheit herrscht, die in einen Aufstand auszuarten scheint.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Juli 1911.

Der gegenwärtige Stand der Reichsfinanzen.

Die verlogene Behauptung der konservativen und liberalen Presse, der Abschluß der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1910 mit einem Ueberschuß von rund 117 Millionen Mark bedeute eine „glänzende“ Besserung der Reichsfinanzlage und damit zugleich der Reichsfinanzreform, wird, wie es scheint, selbst den Nationalliberalen zu bunt. Die „Magdeburger Zeitung“ bringt einen längeren Artikel des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Görde über die gegenwärtige Finanzlage des Reiches, der den Konservativen in ihre schöne Selbstbeurteilung bittere Vermuthungstropfen gießt. Dr. Görde schreibt:

Bemerkenswert ist zunächst, daß die erwähnte Besserung des Reichshaushaltes nur mit rund 98,5 Millionen Mark den Mehreinnahmen, darunter 57,5 Millionen aus Zöllen und Steuern, zu verdanken ist, der Rest dagegen sich aus Windertragungen herleitet. Ob diese bei dem Heere und der Flotte auf festgesetzte Sparmaßnahme oder auf andere zufällige Umstände zurückzuführen sind, läßt sich aus nackten Zahlen nicht erkennen, somit auch nicht, ob diese Windertragungen als dauernde oder nur diesmalige anzusehen sind. Von Bedeutung auch für die zukünftigen Etats ist aber fraglos der Ueberschuß von fast zehn Millionen Mark an Zinsersparnissen, die hierin eine Entlastung auch für die nächsten Jahre erwarten lassen.

Die Jahre 1911, 1912 und 1913 gehören für die Finanzgebarung des Reiches aus verschiedenen Gründen zueinander. Denn einmal ist die gesamte Reichsfinanzreform auf Unterlagen aufgebaut worden, die sich aus den vorausgeschickten Anforderungen des Jahresplans 1909 bis 1913 ergaben; dann aber wurden im besonderen die genannten drei Jahre dazu bestimmt, die große Schuldenlast zu decken, die in Höhe von 240 Millionen Mark im Jahre 1909 vom Reich übernommen wurde, um die Bundesstaaten von den Kontributionsbeiträgen für dieses Jahr zu entlasten, soweit sie die Höhe von 80 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung überstiegen. Es mag bei dieser Gelegenheit, um die ganze Misere der Reichsfinanzen in dem genannten Jahre noch einmal in die Erinnerung zurückzurufen, bemerkt sein, daß bekanntlich außer jenen 240 Millionen Mark, die natürlich zunächst auf Anleihe genommen werden mußten, fernere 282 Millionen zur Deckung der Fehlbeträge aus 1907 und 1908 und der gestundeten Kontributionsbeiträge aus 1908 bis 1909 und dann noch 202,4 Millionen Mark zum Ausgleich des außerordentlichen Etats geborgt werden mußten, so daß also die Schuldenlast des Reiches in dem einen Jahre 1909 allein um rund 725 Millionen Mark anwuchs.

Professor Görde geht dann näher auf die Ergebnisse der letzten Jahresabrechnung ein und stellt fest, daß trotz der im Etatsjahr 1910 erübrigten 117 Millionen Mark, von einer wirklichen Schuldentilgung noch gar keine Rede sein könne: Es zeigt sich das am besten an dem Beispiele des Abschusses für 1910 selbst. Im Etat dieses Jahres war eine Summe zur Verminderung der Reichsschuld nominell eingesetzt, aber tatsächlich, die diente doch nur dazu, die Anforderungen des außerordentlichen Etats bis zu der gleichen Höhe zu decken, so daß sich die der Deckung durch Einnahmen entbehrende, also auf Anleihe zu nehmende Summe auf 148 Millionen Mark ermäßigte. Um diesen Betrag sollte also etatsmäßig die Reichsschuld trotz aller „Schuldentilgung“ im Jahre 1910 noch wieder vergrößert werden. Wenn nun sehr erfreulicherweise entgegen dem Etat hinterher 117 Millionen Mark „Ueberschuß“ erzielt sind, so heißt das, daß die Schuldsomme im Jahre 1910 nicht um jene 148 Millionen, sondern nur um 31 Millionen angewachsen ist. Also selbst dieser mit Recht an sich als „glänzend“ zu bezeichnende Rechnungsabluß hat uns nicht vor neuen Schulden bewahrt, geschweige denn etwas zu einer wirklichen Schuldverminderung übriggelassen.

Zur Düsseldorf Reichstagsnächwahl.

Zu dem Beschluß der Düsseldorf Liberalen Vereinigung, für die am 19. September stattfindende Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, schreibt unser Düsseldorf Parteiorgan, die „Volksztg.“:

„Damit wäre also die nationalliberale Partei aus dem bevorstehenden Wahlkampf im Wahlkreis Düsseldorf ausgeschieden. Daß etwa die Aufstellung einer anderen liberalen Kandidatur erfolgen könne, ist wohl ziemlich ausgeschlossen, da der Liberalen Vereinigung, die den vorstehenden Entschluß gefaßt hat, alle liberalen Gruppen Düsseldorfs von den rechtsstehenden Nationalliberalen bis zu den Fortschrittler angehören. Eher ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich aus den rechtsstehenden Parteigruppen im Wahlkreis Düsseldorf: Deutsche Vereinigung, Bund der Landwirte, positive Evangelische, und den rechtsstehenden Nationalliberalen eine Unterabteilung bilden wird, um das Zentrum zu erhalten. Die Christlich-Sozialen, die sich den Spitz einer eigenen Kandidatur erlauben wollen, würden im Falle einer Stichwahl ja so wie so dem org bedrängten Zentrumsturm zur Hilfe eilen. Nachdem aber der Liberalismus auf eine Wahlbeteiligung verzichtet, ist wohl schwerlich eine Stichwahl zu erwarten, denn daß der christlich-sozialen Kandidat eine nennenswerte Stimmenzahl erhalten wird, glauben die Herren wohl selber nicht.“

Für die Sozialdemokratie ist mit dem Ausschneiden der Liberalen aus dem Wahlkampf wenig oder gar nichts geändert. Sie weiß, daß sie den Kampf allein durchzuführen hat. Nur insofern ist der Kampf vereinfacht, als die Parteigenossen mit der Aussicht auf sichere Entscheidung im ersten Wahlgang in die Agitation eintreten können. Es gilt also, alle Kräfte anzupacken, um das Zentrum aus einer seiner rheinischen Hochburgen hinauszuerwerfen, um der Zentrumspartei ihre vielfachen Veräufelungen am Volksinteresse heimzuzahlen.

Ein Staatsverbrechen.

Vor einiger Zeit hatten fünf Volksschullehrer in Dresden eine sozialdemokratische Versammlung besucht. Darauf wurde von der vorgelegten Schulbehörde gegen sie eine Untersuchung eingeleitet, die eine „Ermaahnung“ der fünf Uebelthäter zur Folge hatte. Diese aber nahmen die Rüge nicht demütigvoll hin, sondern erhoben gegen sie Beschwerden beim sächsischen Kultusministerium, das jetzt die Beschwerde der Lehrer zurückgewiesen hat — und zwar mit folgender hochweisen Begründung:

„Die oberste Schulbehörde ist weit davon entfernt, der Lehrerschaft die über ihr amtlichen Stellung vereinbarte Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte irgendwie zu beschränken. Der Lehrerschaft ist deshalb außerhalb ihres Amtes weder im allgemeinen die Teilnahme am öffentlichen Leben noch insbesondere die Meinungsäußerung oder sonstige Betätigung auf politischem Gebiete grundsätzlich irgendwie verwehrt. Allein diese politische Betätigung sowie überhaupt die Ausübung jener staatsbürgerlichen Befugnisse hat eine mit Uebernahme des Amtes von den Lehrern selbst übernommene Grenze in dem besonderen Treu- und Vertrauensverhältnisse, das ihn gleich den Beamten mit dem Staat und dessen Oberhaupt, sowie mit seinem Vorgesetzten verbindet, und das seinen Ausdruck in dem Amtseid findet.“ Unvereinbar aber mit diesem Amtseid, so fährt das Kultusministerium fort, ist die Unterstützung aller Bestrebungen, die sich der bestehenden Staatsordnung mit bewußter Entschiedenheit entgegenstellen und auf ihren Umsturz abzielen.“ Es läuft daher den besonderen Pflichten des Beamten und Lehrers entgegen, wenn ihre Betätigung auch nur den Anschein erweckt, als wenn ein Angehöriger dieser Stände sich jenen Zielen gegenüber „nicht scharf ablehnend verhalte“.

Wahlrechtskündgebungen

haben auch noch in den letzten Tagen in verschiedenen Gegenden Preussens stattgefunden.

Am Freitag protestierte die Arbeiterschaft von Garburg und Wilhelmsburg in drei gutbesuchten Versammlungen gegen die Entziehung des preussischen Volkes und das frivole Spiel der Wahlrechtskündgebungen. Referenten waren Genosse Reinert, die Genossin Woffe aus Bremen und die Genossen Schubert und Winkelmann. Natürlich wurde von allen Rednern auch das Marokkoabenteuer geißelt.

In Nordhausen fand am Sonntag eine sehr stark besuchte Wahlrechtsversammlung statt, in der nach einem Referat des Genossen Dr. Cohn-Berlin die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen wurde.

Ueber die zahlreichen Protestversammlungen, die am Sonntag vor allem auch im Rheinland stattgefunden haben, werden wir morgen berichten.

Ein Harmonieapostel.

Herr Georg Bernhard, Geschäftsführer der Hülsteinischen Zeitungsunternimmungen, schreibt im „Plutus“:

Es ist töricht, daß die deutsche Arbeiterpartei bedauerlicherweise auch diesmal die Situation so gar nicht erkennt und ihre Wählermassen zum Protest gegen den kapitalistischen Imperialismus aufreizt. Der Rohstoffbezug ist allerdings ein Problem zunächst der kapitalistischen Wirtschaft. Aber von dieser kapitalistischen Wirtschaft (mag sie noch so ungerät, noch so verdammenstwert vom ethischen Standpunkt aus sein) leben auch die Arbeitermassen, auch für sie ist die Alimentierung unserer heimischen Industrie mit billigen Rohstoffen eine Lebensfrage.“

So ähnlich liest man's in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ auch. Nur nicht so dumm begründet. Denn wenn man in das Bernhardische Geschreibsel Sinn hineinsetzt, so kommt's auf eine Wiederankündigung der alten Harmonielehre des unter den Helden Lassalles fest eingeschlagenen Vaskiat hinaus. Das Kapital erhält die Arbeit und je besser es dem Kapital geht, desto besser der Arbeit. Die deutschen Arbeiter müssen Marokko erobern, damit die Mannesmann-Männer billigere Erze und größere Profite haben. Denn dabei werden auch für ihre Arbeiter ein paar Groschen abfallen. Daß die Arbeiterschaft diese Wettelpolitik längst mit Besorgung verabschiedet hat, daß nicht die

Ausbreitung kapitalistischer Ausbeutung, sondern ihre Aufhebung den Inhalt ihrer Politik bildet und bilden muß, das erkennt dieser von Herrn Dertel mit Recht geschätzten Leuchte der Handelsblattwissenschaft als bedauerliche Torheit. Man sieht, Intelligenz und Charakter stehen beim G. Bernhard auf gleichem Niveau.

Die Hülsteinpresse (Geschäftsführer: G. Bernhard) schien zunächst gegen das Marokkoabenteuer Front machen zu wollen. Sie fiel aber prompt um. Die „V. Z. a. Mittag“ hegt sogar ganz lieblich. Grund: das Geschäftsinteresse. Und zur Wahrung des Geschäfts ist der Bernhard bestellt.

Polizeipräsident und Vereinsgesetz.

Der annimmt, daß die Nichtachtung der reichsvereinsgesetzlichen Bestimmungen nur in den Gefilden der preussischen Landräte an der Tagesordnung ist, befindet sich in einem schwanen Jreum. Jedenfalls hat der Polizeipräsident der Großstadt Kiel jetzt den Beweis geliefert, daß er ebenso lähn über das Reichsvereinsgesetz hinwegzufahren versteht wie irgendein Landrat aus Pommern. Wenn es sich darum handelt, eine angeblich von sozialdemokratischer Seite drohende Gefahr zu bannen. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Kiel, Genosse Schäfer, hatte die Absicht, die Wahlrechtsversammlung für Kiel unter freiem Himmel stattfinden zu lassen. Als Platz dazu war der große eingetriedigte Sport- und Spielplatz des Lokals „Waldwiese“ aussersehen worden. Unser Herr stellte beim Kieler Polizeipräsidenten Herrn v. Schroeter den schriftlichen Antrag auf Genehmigung der Versammlung. Der Polizeipräsident verlangte darauf eine Bescheinigung darüber, daß dem Genossen Schäfer der Platz auch wirklich zur Verfügung stehe. Weil der Wirt des Lokals keine bindende Zusage gegeben hatte, war Schäfer nicht wenig erstaunt, als der Polizeipräsident ihm erklärte, der Wirt habe bei der Polizei ein für alle Mal erklärt, daß er nie sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben werde. Wenn der Wirt unserem Genossen eine andere Erklärung abgegeben habe, müsse dieser erst eine schriftliche Erklärung beibringen, daß ihm der Platz zu einer Versammlung zur Verfügung stehe.

Wald darauf erschien denn auch der Wirt der „Waldwiese“ bei unserem Genossen und erklärte, daß er seine telephonisch gegebene Zusage zurückziehe. Er sei bereit, etwaige Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins in seinem Lokal zu dulden, er sei sogar zu allem bereit, aber er habe eben ein Gespräch auf der Polizei gehabt, das ihn zwingt, wenn er nicht Gefahr laufen wolle, bei militärischen Veranstaltungen boykottiert zu werden, seinen Standpunkt zu ändern. Am 5. Juli erhielt dann Genosse Schäfer von der Polizeibehörde folgenden Schreiben:

„Auf das Schreiben vom 3. Juli d. J. teile ich ergebenst mit, daß ich keinen Anlaß habe, zu Ihrem Antrage auf Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung auf dem umgauten Sportplatz des Etablissements „Waldwiese“ Stellung zu nehmen, weil der Wirt hierher mitgeteilt hat, daß er den betreffenden Platz sowie seinen Garten für politische Versammlungen unter freiem Himmel nicht zur Verfügung stellt.“ (gez.) v. Schroeter.

Dieser Beschluß steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, denn danach hat sich die Polizeibehörde bei ihren Entscheidungen über Anträge auf Genehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel nur davon leiten zu lassen, ob durch die Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit eintreten kann. Nirgends steht im Vereinsgesetz ein Wort davon, daß die Polizei sich für die Versammlungsveranstalter die Köpfe zu zerbrechen hat, ob diese auch ein Lokal zur Verfügung haben. Wenn aber die Aussagen des Wirtes zutreffen, daß der Polizeipräsident dem Wirt für den Fall der Herabgabe des Lokals wirtschaftlichen Schaden angedeutet hat in einer Weise, daß dieser sich dadurch in seiner Existenz bedroht gefühlt hat, dann ist das nicht nur eine schwere Verletzung des Vereinsgesetzes, sondern auch eine Ueberschreitung seiner Amtsbesugnisse.

Warum aber dieser Aufwand von Kraft und List gegen eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel, wo doch schon vor Jahresfrist eine solche in Kiel stattgefunden hat, und zwar auf einem öffentlichen, nicht umfriedigten Platze? Im Kieler Polizeipräsidentium denkt man noch heute mit Ingrimm an den wuchtigen Protest des Kieler Proletariats im Jahre 1909 gegen den Besuch des russischen Herrschers. Die Versammlung fand auf demselben Platze statt, wo jetzt die vom Polizeipräsidenten verhinderte Wahlrechtsversammlung stattfinden sollte. Die Genehmigung dazu war in Abwesenheit des Polizeipräsidenten von dessen Stellvertreter erteilt worden. Der wuchtige Protest der Kieler Arbeiter hat damals weit über die Grenzen Deutschlands hinaus gewaltiges Aufsehen erregt, und es ist anzunehmen, daß der Kieler Polizeipräsident eine gehörige Rase von oben bekommen hat, weil er diesen Protest gegen den Freund der deutschen Reaktion nicht verhindert hat. Wie dem aber auch sein mag: ob noch die Verärgerung über den gelungenen Protest gegen den Zaren mit hineinspielt, ob dem Polizeipräsidenten der Platz bei der „Waldwiese“ als besonders gefährlich gilt oder ob er glaubt, der Wahlrechtsbewegung der Kieler Arbeiterschaft Knäuel zwischen die Weine werfen zu müssen, auf alle Fälle hat er sich einer groben Ueberschreitung seiner Amtsbesugnisse schuldig gemacht, und man darf gespannt sein, was der Minister des Innern dazu sagt. Die Wahlrechtsbewegung wird der Kieler Polizeipräsident natürlich durch seine Tat nicht aufhalten, sie kann durch solche Maßnahmen nur gefördert werden.

Aus dem Gehlischen Reiche.

Der aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgetretene, sich aber immer noch nationalliberal nennende Herr v. Hehl zu Herrnsheim kann es nicht verwinden, daß ihn der Abg. Dr. Stresemann in einer Versammlung in Mainz heftig angegriffen hat. Dem Abg. Stresemann kann der Gewaltige von Worms aber nicht bekommen, deshalb läßt er seinen ganzen Zorn einen der Diskussionsredner in der fraglichen Versammlung, den Rechtsanwält Dr. Pagenstecher fällen. Dieser war bis jetzt juristischer Vertreter der Gehlischen Ledertwerte und zog aus dieser Beschäftigung jährlich einen Verdienst von etwa 40 000 M. Abg. Hehl zu Herrnsheim hat dem Rechtsanwält Pagenstecher die juristische Vertretung münchete entzogen.

Der Allgewaltige weiß aber auch zu belohnen. Eine Anzahl Wormser Volksschullehrer hatten an einem Anruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie teilgenommen und waren deshalb scharf kritisiert worden. Wie nun dem „Berliner Tageblatt“ aus Worms gemeldet wird, hat Abg. Hehl zu Herrnsheim diesen Lehrern allerlei Nebenverdienste (durch Leitung von Gefangenenvereinen usw.) zugewiesen.

Beschickungen eines deutschen Schiffes in Holland.

Amund, 10. Juli. Als gestern der Dampfer „Alster“, nach Hamburg bestimmt, die hohe See gewinnen wollte und den Dampfer Rintroom, an dessen Bord sich ein Militärposten befand, passierte, forderte der Posten die Alster auf, halt zu machen. Das Schiff folgte dieser Aufforderung nicht. Die Aufforderung wurde darauf wiederholt, und als die „Alster“ auch jetzt nicht schnell genug stoppte, wurden auf sie ein Duzend Schüsse abgegeben. Der Vorfall ist auf ein Mißverständnis zurückzuführen.

Das Heiligste ist die Disziplin.

Mit zwei Jahren und vierzehn Tagen Gefängnis muß der Trainisolbat Makahn eine Ausföhrung büßen. N. stand gestern wegen tödlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten mittels gefährlichen Werkzeugs sowie wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und wegen Beharrens im Ungehorsam vor dem Oberkriegsgericht des dritten Armeekorps in Berlin. Auf der Stube, auf der N. mit den anderen Kameraden lag, pflegte die Mannschaften abwechselnd Stubendienst zu verrichten. Eines Morgens, als der Angeklagte an der Reihe war, legte er sich frühmorgens um vier Uhr zu Bett, weil er anderen Dienst während der Nacht verrichten hatte. Um 10 Uhr wurde er von dem Stalldienst zurückkehrenden Mannschaften aus dem Schlaf geweckt und aufgefordert, Kaffee heraufzuholen. N. erwiderte grob, er habe ja keinen Stubendienst. Darauf befahl ihm der Stubenälteste, der Gefreite Krüger, Kaffee zu holen. Der Angeklagte antwortete jedoch dem Gefreiten, der als Stubenältester sein Vorgesetzter war, er solle nicht so quatschen, er habe ihm gar nichts zu sagen. N. wiederholte noch einige Male den Befehl, doch mit demselben Mißerfolg. Der Angeklagte äußerte dann, er wolle sich erst anziehen. Er ging an den Waschtisch heran und nahm eine Waschkübel in die Hand. Als jetzt der Gefreite noch einmal den Befehl wiederholte, nahm N. die Kübel und schleuderte sie dem Stubenältesten ins Gesicht. Der Gefreite trug mehrere Verletzungen im Gesicht davon. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, er sei von seinen Kameraden und dem Stubenältesten drangsalirt worden. Einmal habe er vor dem Gefreiten tanzen, ein anderer Mal lebende Wilder machen müssen und bei einer anderen Gelegenheit habe man ihn im Stall aufgehängt.

Das Gericht verurteilte ihn, wie schon erwähnt wurde, zu der fortzenden Strafe von zwei Jahren und vierzehn Tagen Gefängnis.

Wieder ein Spionageprozeß.

Das Reichsgericht verurteilte den Tagelöhner Hoserer wegen Versuchs der Spionage nach § 3 des Spionagegesetzes zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus. Diese Strafe wurde mit der noch unverbüßten Vorstrafe von acht Monaten und zehn Tagen Gefängnis in eine Gesamtsstrafe von einem Jahre und zehn Monaten Zuchthaus verwandelt. Außerdem wurde auf fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Dem Angeklagten wurden auf Grund seines vorher abgelegten Geständnisses mildernde Umstände zugesprochen, doch war seine Tat noch immer so schwer zu beurteilen, daß man nicht auf eine Gefängnisstrafe erkennen, und man sich nur auf eine geringe Zuchthausstrafe beschränken konnte.

Militärischer Bureaukratismus.

Die „Frankf. Ztg.“ erzählt folgenden kuriosen Fall aus dem Wirkungsbereiche des militärischen Bureaukratismus:

Ein Regiment hat vor einem Jahre für Fouragierleinen 1,60 M. bezahlt. Im Mai 1911 stellt die Intendantur fest, daß diese Leinen nur 1,50 M. kosten. Mithin sind 10 Pfennig zuviel gezahlt. Von einem Ausgleich kann abgesehen werden. Das ist der Weisheit Schluß aus der Tafsache, und die Reichskasse behält 10 Pf. Damit aber alle Welt von diesem freudigen Ereignis Kunde bekommt — „alle Welt“, will heißen, die interessierten Dienststellen —, ist folgender Kräfteaufwand nötig:

- Bei der Intendantur:
- Der expedierende Beamte entwirft auf Konzeptpapier die Verfügung 1 Person
- Der Kanzlist stümpft sie säuberlich auf Kanzleipapier 1
- Der höhere Beamte unterschreibt den Ulaß 1
- Eine Ordonanz — zählt nicht — schleppt das Ding zum Registrator, der muß es als „Jatum“ in sein „Journal“ eintragen 1
- Der absendende Beamte libertiert es 1
- Die Ordonanz — als Beförderung zur Post — zählt nicht, die Post, als Mädchen für alles, auch nicht.
- Beim Regiment angekommen:
- Der Adjutant öffnet und „präsentiert“ das Dokument 1
- Der Registrator trägt es als „Jatum“ ins „Journal“ 1
- Der Zahlmeister sorgt für weitere Bearbeitung 1
- Der Regimentskommandeur vollzieht die Umlaufverfügung 1
- Nun geht die Reise — nachdem jene mehrmals die Registratur passiert hat — zum Major beim Stabe, als Mitglied der Bekleidungskommission 1
- An 5 Eskadronschef und zu der 5
- Sektion II, da nimmt sie wiederum der Zahlmeister zur Kenntnis 1
- Der Registrator trägt nach der Rückkehr der Vorführung das mit charakteristischen Ramendahlen versehene Dokument als „Jatum“ ins „Journal“ 1
- Es ad acta „geschrieben“ wird, zur ewigen Ruhe, sind Kompilationen nicht ausgeschlossen.

So geschah im Jahre 1911. Dabei sind hier nur die Hauptpersonen gerechnet; je 5 Wachmeister und Ordonanzen sind nicht mitgezählt. So sind also 17 Personen wegen einer Summe von 10 Pf. in Tätigkeit gesetzt worden.

Diese Musterleistung der Bureaukratie ist gewiß nicht zu über treffen.

Frankreich.

Gegen die willkürlichen Verhaftungen.

Paris, 10. Juli. Die Sekretäre des Bauarbeiterhandikals Barilaud, Mon und Dumont, bei denen in den letzten Tagen wegen der antimilitaristischen Umtriebe Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, sind gestern verhaftet worden.

Der Verwaltungsausschuß des Bauarbeiterhandikals begründeten „Sou du jobat“ hat an den Untersuchungsrichter ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Verhaftung Einspruch erhebt. Er erklärt, daß diese nur Beschlüsse des Syndikatsausschusses ausgeführt haben. Die Mitglieder des Ausschusses, die für die Handlungsweise der Verhafteten verantwortlich seien, verlangten, daß der Untersuchungsrichter auch gegen sie die strafrechtliche Verfolgung einleite.

Sabotage-Gerüchte.

Paris, 10. Juli. Bei Caen verhaftete die Gendarmerie einen Gemütskranke und einen Tagelöhner, die auf die Schienen der Weichbahnlinie bei Serquigny ein Duzend große Steine legten.

In Brude bei Perpignan wurde ein spanischer Erdarbeiter festgenommen, der beschuldigt wird, die Drähte der elektrischen Leitung des im Bau begriffenen Tunnels der Transpyrenäenbahn durchgeschnitten zu haben. In der letzten Nacht sind die Telephon- und Telegraphendrähte längs der Strecke Ranch-Neuf Château an drei Punkten zerschnitten worden.

Zufälligerweise verurteilen alle Partei- und Gewerkschaftsführer Frankreichs solche dummen Wabenjreiche auf das energischste. Es ist jetzt auch festgestellt, daß die Entgleisung des Schnellzugs in Havre mit Sabotage nicht in Zusammenhang stand.

Eine Nachwahl.

Paris, 10. Juli. Im Departement Seine et Oise, ist anstelle des verstorbenen Kriegsministers Verseau der Radikale Laurent zum Deputierten gewählt worden.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Wien, 10. Juli. Die aus Albanien hier vorliegenden Meldungen sind widerspruchsvoll. Eine aus Cetinje hier eingetroffene amtliche Meldung besagt, daß der Aufstand der Albanesen im Wachsen begriffen ist, da die Aufständischen den Versprechungen der Pforte keinen Glauben schenken. Auch der Tazet ist am habe sich erhoben. Dagegen wird offiziell behauptet, daß in der Gegend von Korçha und anderen südalbanischen Orten die Erregung in Schwanden begriffen zu sein scheint.

Persien.

Neue Wirren.

London, 10. Juli. Wie die Times aus Teheran meldet, ist dort die Lage infolge neuer Aufstände schlecht. Der Gouverneur von Schiras drohte, heute einen Stadtteil beschließen zu lassen. In Kermanschah hat die aufständische Menge mehrere Regierungsgebäude zerstört.

Amerika.

Aufstand in Südamerika.

Dazaka (Mexiko), 10. Juli. In Ocotlan ist es in der letzten Nacht zu einem politischen Aufstand gekommen, in dessen Verlauf elf Personen getötet und fünfzig verwundet wurden. Der Mob griff die Geschäftshäuser an, von denen eines, das einer englischen Firma gehört, die englische Flagge hißte. Trotzdem wurde das Haus angegriffen, jedoch nur geringer Schaden verursacht. Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Aus der Partei.

Von der englischen Parteipresse.

Man schreibt uns aus London: Schon seit einigen Monaten trägt sich Genosse Keir Hardie mit dem Gedanken, ein sozialistisches Tagesblatt in England zu gründen. Das Projekt ist von ihm mit Eifer propagiert worden, so daß der zur Gründung des Blattes gesammelte Pressfonds bald eine beträchtliche Summe aufwies. Die erste Nummer der Zeitung sollte zuerst am ersten Mai dieses Jahres erscheinen. Die Veröffentlichung wurde jedoch wegen verschiedener Umstände hinausgeschoben. Auf der Osterkonferenz der J. L. P. wurde beschlossen, die Zeitungsfrage dem Parteivorstande zur Beratung zu überweisen. Dieser setzte einen Ausschuß ein, der zu dem Entschluß kam, daß die J. L. P. nicht stark genug sei, um ein Tagesblatt ins Leben rufen zu können. Er setzte sich daher mit dem Vorstand der Arbeiterpartei in Verbindung, der auch die Gründung eines Tagesblattes in Aussicht genommen hatte und sich bereit erklärte, mit dem Vorstand der J. L. P. gemeinschaftlich vorzugehen. Nun zog sich Keir Hardie, der die Gründung eines sozialistischen, von der J. L. P. kontrollierten Blattes im Auge hatte, von dem Unternehmen zurück. Die sozialistische Parteipresse, die in England so notwendig ist, wird demnach noch lange auf sich warten lassen, wenn nicht die S. D. P. mit ihrem Zeitungsprojekt bald auf dem Platze erscheint. Ob das Tagesblatt, das die Politik der Arbeiterpartei vor der Öffentlichkeit vertreten soll, bald ins Leben gerufen werden wird, ruht auch noch im Schoße der Götter. Es heißt, daß von dem Gründungskapital (100.000 Pfst.) schon 20.000 Pfst. gezahlt worden ist. Das Geld wird wohl den Kassen der Gewerkschaften entstammen, die auf die Aufhebung des Osborneurteils warten, um das Zeitungsprojekt verwirklichen zu können.

Bei den Stadtratswahlen in Freiburg im Breisgau wurden zwei unferer Genossen, Engler und Grumbach, gewählt. Mit ihnen ziehen die ersten Sozialdemokraten in den Freiburger Stadtrat ein.

Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung. Die unter diesem Titel erschienene Broschüre von Professor Dr. Sommerfeld hat einen seltenen literarischen Erfolg zu verzeichnen. Die Tafsache, daß die 50.000 Exemplare der ersten Auflage bereits in einem Zeitraum von etwa vier Monaten vergriffen sind, spricht wohl am besten für den Wert der Schrift, die sich sowohl durch den gebiigen Inhalt, sowie durch die vorzügliche Art der Darstellung auszeichnet und einen wertvollen Wegweiser für jeden werktätigen Arbeiter darstellt. Von diesem Gesichtspunkte aus empfiehlt es sich wohl, daß auch diejenigen Arbeitervereine, die sich an der Verbreitung der Broschüre bisher nicht beteiligt haben, die Broschüre ihren Mitgliedern zu dem billigen Preise der Volksausgabe (20 Pf.) zugänglich machen.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Erfolgslose Hausdurchsuchung.

In der Redaktion des „Volksboten“ in J e i t z suchte die Polizei allerdings erfolglos, nach dem Manuskript eines Artikels, in dem Arbeitswillige beleidigt worden sein sollen. Das gleiche Resultat hat die Durchsuchung der Wohnung des Redaktors unseres dortigen Parteiblattes ergeben.

Jugendbewegung.

Deutsch-nationale Bildungsarbeit an der Jugend.

In der antimilitaristischen Presse war dieser Tage zu lesen: „Eine Nachtgesellschaft veranstaltet in der Nacht von Sonnabend, den 8., auf Sonntag, den 9. Juli, in der Lüneburger Heide, und zwar in der Nähe des bei Jteburg gelegenen Hundsborges, die Lehrlingsabteilung Hamburg-Altona im Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbande. Die Führung des Kriegsspiels liegt in den Händen zweier aktiver Feldwebel vom Infanterie-Regiment Nr. 76, Hamburg. Jeder Kaufmannslehrling in Hamburg-Altona kann sich daran beteiligen. Genauere Mitteilung gibt auf Wunsch usw.“

Durch solche Kriegsspielerien werden die jungen Kaufleute zu würdigen Mitkämpfern für den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband gedrückt. Als solche brauchen sie nur kritisch Hurra zu schreien und auf Kommando „Deutschland, Deutschland über alles“ zu rufen. Mehr ist in dieser „modernen“ Berufsorganisation nicht nötig.

Aus Industrie und Handel.

Kornwucherei in Finnland.

Inser finnländischer Mitardeller schreibt uns: Obgleich das Agrarministerium Finnland vorwiegend als Agrarland angesehen wird, kann es schon lange nicht mehr den eigenen Kornbedarf decken. Es scheint fast unglücklich, aber die Statistik zeigt, daß bis 1908 nur etwa 10 Proz. des finnischen Bodens in Anbau genommen waren, 4,7 Proz. als Acker- und 3,9 Proz. als Wiesenland. Hunderttausende Landarbeiter mit ihren Familien ziehen Jahr aus Jahr ein vergeblich arbeitssuchend in Lande umher. Die Agrarverfassung Finnlands verhindert ihre Beschäftigung, die Ausdehnung rationeller Agrarkultur auf das unermessliche Weidland. Der Boden gehört einer kleinen Anzahl von Grundbesitzern, die ihn selber nicht in Anbau nehmen können oder wollen, und ihn anderen nicht geben, weil es ihnen vorteilhafter erscheint, mit dem Boden zu schachern. Das ist der Grund des ständig wachsenden Kornimports in Finnland, der sich 1910 auf 74,8 Millionen finnländische Markt metrische Maß — ergünstigt durch die Nähe — befördert anfangs

naturgemäß den Markt. In der letzten Zeit — seit Einführung der samosen Kornausfuhrprämien in Deutschland — macht deutsches Korn dem russischen starke Konkurrenz. 1899 betrug die Einfuhr aus Rußland 236.100 Tonnen Korn und 104.000 Tonnen Mehl. 1909 — also nach 20 Jahren — waren die entsprechenden Zahlen beider Einfuhrprodukte 168.000 und 95.000 Tonnen. In derselben Zeit war aber der gesamte Kornimport Finnlands um 216,7 Proz. gestiegen. 1889 wurde aus Deutschland nach Finnland eingeführt: 85.000 Tonnen Korn und 2.000 Tonnen Mehl, 1909 aber 108.000 Tonnen Korn und 79.000 Tonnen Mehl.

Finnland ist zwar kein sehr großes Abnahmgebiet für Rußland, indessen ist es groß genug, um die russischen Kornhändler wegen der deutschen Konkurrenz in Jarnisch zu bringen. Auf ihrem kürzlich stattgefundenen Kongress haben sie beschlossen, von dem Ministerium zu verlangen, daß Finnland (!) durch einen Einfuhrzoll von 25 Kopelen pro Pud (16 Kilogramm) Korn und 40 Kopelen pro Pud Mehl vor der fremdländischen Kornzufuhr geschützt werde. Denn dieser Zoll wäre nicht nur ein neuer eigenmächtiger Eingriff der russischen Regierung in die finnische Autonomie, sondern würde auch den finnischen Kornmarkt vollständig in die Gewalt der russischen Kornwucherer geben. Gegenwärtig bezieht Finnland sehr viele Kornprodukte auch aus Kanada und anderen amerikanischen Ländern.

Während die finnische Bourgeoisie jetzt gegen den „Schutzzoll“ wettert, bleibt sie taub gegenüber den sozialdemokratischen Entwürfen betreffend das Kulturzwangsgezet, auf Grund dessen man die Grundbesitzer zwingen könnte, ihren Boden in Anbau zu nehmen oder zu verpachten. Die Sozialdemokratie verlangt dazu, daß die Festlegung der Pachtätze usw. durch Kommissionen in allen Gemeinden von den Grundbesitzern und Pächtern paritätisch zu bilden sind. Auch die sonstigen Bestimmungen des Kulturzwangsgezetes sind so gedacht, daß die Pächter nicht der Willkür der Grundbesitzer preisgegeben sind. Dieses Gezet würde das finnische Volk vor dem Kornzufuhrzoll schützen und zu gleicher Zeit dem deutschen und russischen Kornwucherer im Lande das Handwerk legen.

Wieder eine Fusion. Eine Gesellschaftsaktion der Verwaltungsräte der drei Werke Vubacher Hütte, Le Galais, Rey u. Co. und Aktienverein Dödelingen hat, wie gemeldet wird, die Fusion der drei Werke beschlossen.

Ernteausichten.

Nach der Erntevorschätzung für Winterroggen in Preußen wird sich der Ertrag auf insgesamt 7.837.789 Tonnen stellen, oder auf 1,70 Tonnen vom Hektar, gegen 1,80 Tonnen vom Hektar im Vorjahre.

Nach telegraphischen Berichten vom 25. Juni alten Stills ist eine Verschlechterung der Ernteausichten in den östlichen Gebieten Rußlands infolge der Dürre der letzten Woche eingetreten.

In Amerika haben sich die Ernteausichten stückweise gebessert, weil die Temperatur abflaute und Niederschläge eintraten.

Aus der Frauenbewegung.

Propaganda für das Frauenstimmrecht

zu machen, gab den Damen vom Stimmrechtsverband die Hygieneausstellung. Für den 8. und 4. Juli hatten sie nach dort eine Konferenz einberufen. Die Devise lautete: Hygiene und Frauenstimmrecht!

Fräulein v. DeLage Dresden hob hervor, daß die Reichsversicherungsordnung die Forderungen der Frauen zum Mutter- und Säuglingschutz unberücksichtigt gelassen. Es sterben in Deutschland jährlich 350.000 Kinder im ersten Lebensjahre; die Sterblichkeit ist bei den unehelichen bedeutend größer als bei den Ehelichen. In der sozialen Fürsorge für Kinder bleiben die Kleinkinder (2-6 Jahre) fast unberücksichtigt; gerade in diesem Alter finden Infektionskrankheiten die größte Verbreitung. Die hygienischen Verhältnisse von Krippen und Kinderbewahranstalten sind vielfach ungenügend; Übernahme dieser Anstalten durch die Kommune ist zu fordern. Für das schulpflichtige Alter ist eine systematische Einrichtung der Schulbewegung notwendig.

Die Ausnutzung und Schädigung von Kindern durch gewerbliche Arbeit ist zwar durch das Gesetz von 1903 erheblich gemindert, indessen ist Ausbeutung auf ländliche und häusliche Kinderarbeit dringend wünschenswert. Die hitzige und gesundheitsliche Gefährdung der schulpflichtigen Jugend trifft die Mädchen ebenso gut wie die Knaben. Die Frau ist als Mutter und Erzieherin berechtigt, eine ausschlaggebende Stimme bei allen Fragen der Kinder- und Jugendfürsorge zu haben; ein wirksamer Einfluß der Frau auf die Gesetzgebung ist nur durch Erlangung des Frauenstimmrechts möglich.

Fr. A. Bappriß-Berlin hatte Vorschläge vorgelegt, in denen sie fordert: Der II. deutsche Wohnungskongress, der vom 11. bis 14. Juni in Leipzig tagte, hat den Beweis erbracht, daß die Wohnungspolitik nicht mehr auf dem veralteten Standpunkt des Mandaterstums verharren darf, sondern den Fortschritt von der Selbsthilfe zur Staatshilfe machen muß. Dem Staat und den Gemeinden erwachsen aus dieser Erkenntnis neue, große Aufgaben. Durch das kommunale Wahlrecht der Frauen, durch Zuziehung der Frauen zu den Wohnungsdämtern und durch Anstellung von Frauen als Wohnungspflegerinnen mit Beamtenqualität ist eine gesunde Wohnungspolitik zu unterfüßen. Aber nicht nur die Gemeinden haben die Wohnungspolitik zu bestimmen, auch die Parlamente können in bezug auf die Wohnungsfrage einschlägige Gesetze geben. Die Frauen fordern als Bürgerinnen das Recht, in Zukunft mit an der Ausgestaltung mitzuwirken. Und dieses Ziel können sie nur erreichen durch die politische Gleichberechtigung.

Fräulein Eise-Lüders-Berlin sprach über Arbeiterinnen-schutz. Die Rednerin ging aus von den Ergebnissen der Frauenzählung von 1907. Als das schwierigste Problem der Frauenbewegung bezeichnete die Rednerin die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Die ungenügende Behandlung all solcher Fragen im Parlament beweist aufs schlagendste die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts.

Frau Hedwig Weidemann-Hamburg referierte über „Reglementierung der Prostitution“. Die Reglementierung ist ein der Polizeiwilkeil anheimgegebenes Ausnahmeregime gegen Frauen, das ebenso der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichheit aller vor dem Gesetz wie den §§ 47, 180 Str.-G.-B.ohn spricht. Es ist eine antisoziale Maßregel; im Interesse einer kaufmännischen Männerklasse gegen die unheimlichen Töchter des Volkes angewandt, dient sie nur dazu, sie tieferer Erniedrigung zuzuführen, aus der ein Aufstieg mit allen Mitteln erschwert wird. Sie ist unfittlich; da sie lebendige Wesen zu Gebrauchsgegenständen herabwürdigt, brückt sie die Achtung vor der Frau überhaupt herab und verkehrt alle Begriffe von Recht und Sitte. Die Abschaffung der Reglementierung wird die Volksgesundheit heben, das Frauenstimmrecht, das sie beiviekt, das Volkwohl fördern.

Landrätter Dr. Herrmann Popst-Hamburg hatte zu seinem Vortrag über „Frauenstimmrecht, Rassenhygiene und Frauenstimmrecht“ u. a. folgende Thesen aufgestellt: Das Alkoholkapital fähert die öffentliche Meinung systematisch irre, um den Alkoholismus künstlich aufrecht zu erhalten. Zum Zwecke dieser Irreführung sucht es die deutsche Presse systematisch von seinem Weibe abhängig zu machen. — Das Alkoholkapital ist daher ein Vergifter, nicht nur des Körpers, sondern auch der Seele unseres Volkes; die Beseitigung dieses Vergifters auch durch die Gesetzgebung ist eine der drängendsten Forderungen physischer und moralischer Rassenhygiene (Gemeindefestimmungsrecht). — Der kommende Kampf um die Gesetzgebung kann nur dann zugunsten der Rassenhygiene entschieden werden, wenn die Frauenstimmrechtsbewegung stetig und damit der Mutterinstinkt der Frau eine Macht im öffentlichen Leben wird.

Gewerkschaftliches.

Stärkung des Kriegsfonds im Unternehmerlager.

Ein günstiger Zufall ließ uns Einblick nehmen in die Verhandlungen der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen. Diese Ausschussung fand am Montag, den 12. Juni 1911, statt. Es waren 51 Vertreter der verschiedenen Arbeitgeberverbände inklusive des Vorstandes und der besoldeten Sekretäre anwesend.

Freiherr v. Reizwig referierte über die Notwendigkeit der vom Vorstand beantragten Abänderungsvorschläge, die auf Grund einer fünfjährigen Erfahrung gestellt wurden. Der Hauptzweck sei erstens die Einbeziehung des Transportgewerbes unter den gleichen Bedingungen, die für die Gesellschaft des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe Deutschlands, zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, maßgebend sind; zweitens die Vermeidung solcher Kürzungen der Entschädigungen, wie sie schon wiederholt und besonders im letzten Geschäftsjahre infolge der unzureichenden Gesellschaftsmittel notwendig waren; drittens die Schaffung eines Reservefonds, aus dem Entschädigungen schon während der Streiks gezahlt werden könnten. Der Referent betonte, daß in den 5 Geschäftsjahren an Entschädigungen von der Gesellschaft 191 000 M. ausfallen mußten, weil die Mittel nicht langten. Der Beitragssatz betrug 1 M. pro Wille und Mitglied der verausgabten Lohnsumme, er soll jetzt auf 2 M. gesteigert werden. Die Mißere würde nicht eingetreten sein, wenn man immer schon 2 M. statt 1 M. erhoben hätte, es würde dann zurzeit sogar noch ein Bestand von etwa 40 000 Mark verfügbar gewesen sein. Wenn die Beitragserhöhung nicht erfolge, müsse sofort der in den Satzungen vorgesehene Nachschuß eingefordert werden, womit noch einmal die Möglichkeit einer Zahlung während oder gleich nach Beendigung des Streiks gegeben sei. Natürlich machte Reizwig bei dieser Gelegenheit auf die vortrefflich gerüsteten Gewerkschaften aufmerksam; demgegenüber seien die Ausgaben der Arbeitgeber für ihre Organisation nur gering.

Herr Frauen aus Kiel war beauftragt, einen Antrag zu vertreten, wonach die Unterstützungen auf Grund der gezahlten Löhne während eines Streiks oder einer Aussperrung allwöchentlich zur Auszahlung gelangen sollen. Er beantragte, die Beratungen über den Satzungsentwurf des Vorstandes abzubrechen und den Vorstand mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes zu beauftragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag dagegen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag auf 2 M. pro 1000 M. Lohnsumme festzusetzen, wurde angenommen. Weiter der Antrag: Zur Schaffung eines Reservefonds, der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 50 Pf. pro 1000 M. Lohnsumme erhoben werden.

Ein Antrag des Hamburger Vertreters vom Baugewerbe, den Beitrag auf 5 M. statt 2 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag des Herrn Janzen aus Kiel, den Jahresbeitrag für das Jahr 1911 zweimal zu erheben, um im nächsten Jahr sofort eine wöchentliche bzw. monatliche Unterstützung gewähren zu können.

Man begnügte sich mit der Einschränkung, daß Vorschüsse gewährt werden können auf die später auszufällenden Entschädigungen, wenn die verfügbaren Mittel es irgend gestatten! Auch der Antrag, diese Vorschüsse wie die gesamten Rendungen der Satzungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 in Geltung treten zu lassen, wurde abgelehnt und beschlossen, diese erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen.

Von öffentlichem Interesse ist aus den Satzungen noch besonders der § 17, der die Höhe der zu zahlenden Entschädigungen regelt.

Der Aufsichtsrat soll sich von den folgenden Gesichtspunkten bei Festsetzung der Entschädigungen leiten lassen: Es kann für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung bis zur Höhe von 20 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes bewilligt werden. — Mitfin für 10 000 Arbeiter bei einem Durchschnittstagesverdienst von 4 M. täglich 4000 M. — Diese volle Entschädigung kann indes nur bezahlt werden, wenn die Zahl der bei einer Firma beschäftigten Arbeiter 1000 nicht übersteigt. Für mehr als 1000 Arbeiter können nur folgende Entschädigungen bezahlt werden:

Von 1001—2000 Arbeiter	18 Proz.	= 640 M.
2001—4000	12	= 600
4001—8000	8	= 1250
8001—10000	4	= 320

Die sonstigen Paragraphen der Satzungen dieser Arbeitgeberverbände sind nicht weiter von Belang.

Das finanzielle Bild, das wir da schauen, ist nicht gerade sehr erhebelnd für den weniger bemittelten Unternehmer, mußte ihm doch die Entschädigung oft versagt bleiben. Jetzt nun sollen die Unternehmer höhere Beiträge zahlen, letzten Endes doch nur zu dem Zweck, um die finanziell besser gestellten verblendeten Scharfmacher den rigorosen, zwecklosen Kampf gegen die Arbeiter noch andauernder führen zu lassen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In der Kehlplattenfabrik Jastrou u. Co., Weststraße 11-12, befinden sich die Kollegen im Streik. Diese Firma ist für Metallarbeiter jeder Branche gesperrt. Der Betrieb der Firma Solheim, Stallstraße 10, ist gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Leitergeräthbauer bei der Firma Stöcking u. Müller, Lichtberg, dauert fort. Wir appellieren daher an die organisierte Arbeiterschaft, den Zugang fernzuhalten. Die Branchenleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, i. V.: Adolf Krenzner.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen.

In Nr. 186 des „Erfurter Allgemeinen Anzeigers“ vom 7. Juli d. J. erschien folgende Notiz:

„Wichtiger Beschluß der Thüringischen Metallindustriellen.“

Erfurt, den 6. Juli. Der Verband Thüringischer Metallindustrieller hat in einer heute in Erfurt abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen, eine Aussperrung in sämtlichen Betrieben vorzunehmen, falls die bei einer Anzahl von Mitgliedern schwebenden Streiks nicht alsbald beigelegt werden können.“

Zwei kleine Streiks müssen dem Industriellenverbande herhalten, um die für das Wirtschaftsleben in Thüringen und ganz Deutschland beunruhigende Drohung bekannt zu geben. Beide Streiks hätte bei etwas verständigen Entgegenkommen der betroffenen Firmen vermieden werden resp. längst beendet und vergessen sein können.

Die Maschinenfabrik Montania in Nordhausen ließ ihre ganze Belegschaft von 54 Mann am 18. April d. J. in den Streik treten, weil die Arbeiter bestimmte Zusagen zu der beisehen-

den Arbeitszeit und Uebergehaltensschädigung und eine Ver- ständigung wegen Lohn- und Affordpreishöhung verlangten.

Versuche der Arbeiter und des Industriellenverbandes haben die Firma nicht veranlassen können, in den 12 Wochen des Streiks in Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. Mit von dem „gelben“ Karymarek aus Berlin gelieferten Arbeitswilligen hat sie bis jetzt versucht, die streikenden Arbeiter auszuschalten. Jetzt ist sie am Ende ihres Reizes angekommen und rufte: „Samiel hilf!“ Jetzt ist sie auch bereit, in einer von den Arbeitern längst angebotenen Form zu verhandeln.

Die Kadel- und Stahlwarenfabrik von Wolff, Knippenberg u. Co. in Jüterbochen weigerte sich, ihren 9 Kopfschleifern den Affordpreis für eine Nähnadel-Nummer um 20 Proz. zu erhöhen, wonach die Schleifer von allen sonstigen Forderungen Abstand genommen hätten. Diese benannte Erhöhung hätte für die Firma eine Mehrausgabe für die Schleifer von etwa 1 Proz. betragen. Den 9 Schleifern blieb weiter nichts anderes übrig, als die Arbeit einzustellen, weil sie in verletzender, rüchsigloser Weise abgewiesen und behandelt worden waren. Auch diese Firma haben die verschiedensten Versuche der Arbeiter nicht veranlaßt, eine Verständigung einzutreten zu lassen. Die Firma hat jetzt in Ansbach mit vielen Unkosten eine Werkstatt zur Beschäftigung von drei Arbeitswilligen eingerichtet, denen sie bedeutend mehr an Lohn zahlt, als was die Schleifer erhalten haben. Die Firma zahlt 12 Proz. Dividende und hohe Lantime an Vorstand und Aufsicht und schreibt dazu alljährlich gut ab. Die Stundenlöhne der erwachsenen Arbeiter betragen bis jetzt, sage und schreibe, 25 Pf. Es ist sehr verständlich, wenn der Herr Geheimrat Knippenberg, der dem Betriebe seit fast 50 Jahren, zuerst als Inhaber, jetzt als Direktor, vorsteht, unter solchen Verhältnissen vielfacher Millionär geworden ist. Er konnte ohne Schaden für seine Seele, seine hohe Lantime und hohen Dividenden die winzigen Forderungen der Schleifer bewilligen. Der Herr Geheimrat, der fünfzig Jahre Ruhe aus den Arbeitern in Jüterbochen gezogen hat, will nun die ganzen Thüringer Metallarbeiter aussperrern lassen, weil ganze 9 Arbeiter von seinen 500 Arbeitern nicht auf eine Affordpreishöhung von 1 Proz. verzichten wollen.

Die beiden kleinen Streiks sollen mit der Aussperrungsplanone getötet werden. Der Industriellenverband sieht selber ein, daß die Auffuhr der großen Geschäfte lächerlich wirken würde. Man suchte und fand. In Erfurt streikten bei der Firma R. Trenz 5 Rodelfischer, weil sie ihren Stundenlohn um 4 Pf. erhöht haben wollten. Auch dieser Streik soll mit der Aussperrung getötet werden.

In Erfurt bei der Firma Lopp u. Söhne mußten am 20. Juni 180 Mann in den Streik treten, weil der Industriellenverband die Verständigung nicht herbeiführen half, sondern verhinderte.

In Gera bei der Firma Moritz Jahr traten ebenfalls am 20. Juni 70 Reifeschmiede in den Streik, weil eine Verständigung unmöglich geworden war, da der Industriellenverband schon tätig war, auch diese Bewegung mit der Aussperrungsplanone töten zu können.

Die Arbeiter der Fahrzeugfabrik Eisenach in Eisenach haben die Kühnheit gehabt, am 12. Juni d. J. die Erhöhung aller im Betriebe bestehenden Stundenlöhne um 3 Pf. und Erhöhung der bestehenden Einstellungslohn zu fordern. Die Einstellungslohn würden nach der Erfüllung der Forderung 25, 28, 32, 33, 35, 37, 38, 41 und 43 Pf. pro Stunde betragen. Dabei ist zu beachten, daß die Fabrikleitung Präzisionsarbeiten von ihren Professionsisten verlangt.

Die Fahrzeugfabrik-Direktion hat die Forderungen glatt abgelehnt. Die Arbeiter wollten mit der Direktion weiter verhandeln. Auch diese Verhandlungen sind vom Industriellenverband gestört worden. Der Direktion der Fahrzeugfabrik ist die Bewegung der Arbeiter lästig. Sie versucht mit Anrufung des Industriellenverbandes um die Verhandlung und um die notwendigen Zugeständnisse herumzukommen. Darum muß der Fall mit zur Begründung der Aussperrungsdrohung dienen.

Wir haben die drei Bewegungen geschildert, die sicher längst erledigt worden wären, wenn der Industriellenverband eine Verständigung gewollt hätte. Es bleiben also 3 Streiks, woran an einem 5 Mann, an anderem 9 Mann und am dritten 54 Mann beteiligt sind, wozu in Thüringen, wo 40 000 Metallarbeiter in Frage kommen, in allen Verbandsbetrieben ausgesperrt werden soll. Das ist unüberlegt von dem Verbands Thüringischer Metallindustrieller gehandelt. Kapitalistischer Wahnsinn. Die Thüringer Metallindustrie ist in ihrem größten Umfange für solche Experimente nicht geeignet. Das sollen doch auch die kleinen Scharfmacher in Thüringen begreifen.

Den Arbeitern schadet der Unfug der Arbeitgeber nicht. Sie werden die Aussperrung ruhig abwarten und in zeger Agitation Mitglieder für die Organisation gewinnen. Die Aussperrung kann nicht gelingen; sie wird aber den Arbeitgebern sehr viel schaden.

Achtung, Alenpner! Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, daß der Streik der Alenpner und Installateure und deren Hilfsarbeiter in Kiel beendet sei. Dies trifft nicht zu und ist der Zugang von Alenpnern, Installateuren und Hilfsarbeitern nach wie vor von Kiel aufs strenge fernzuhalten.

Die schlesischen Zeitungsverleger nahmen zu den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe folgende Resolution an:

Die in Breslau versammelten schlesischen Zeitungsverleger erklären einmütig, unbedingt auf dem Boden der in der letzten Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger gefaßten Resolution zu stehen, so daß seitens der schlesischen Zeitungsverleger auf dem Gebiete des Buchdrucktarifs einseitig, d. h. ohne Genehmigung des Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, keine Bewilligungen vorgenommen werden dürfen. Die auf der Versammlung anwesenden Zeitungsverleger haben die hierauf bezügliche rechtsverbindliche Verpflichtung unterschrieben.

Bekanntlich gibt es in Deutschland nach der Gewerbeordnung derartige „rechtsverbindliche“ Verpflichtungen nicht.

Die Elberfelder Buchdrucker zum Verbandskonflikt.

Am Sonnabend nahmen auch die Elberfelder Buchdrucker zu den Maßnahmen des Tarifamtes, des Zentralvorstandes sowie zu der Entscheidung der Gewerkschaftskonferenz usw. Stellung. Nachdem der Gewerkschaftler Albrecht-Köln über den letzten Gewerkschaftskongreß referiert hatte, unterzog er die überannte Interpellation der Berliner Buchdrucker an den Kongreß einer längeren Kritik. Man habe sich da an eine ganz falsche Adresse gewandt. Nachdem er dann die Gewerkschafts-Resolution im Sinne des Verbandsvorstandes begründet hatte, griff er die Parteipresse, die zu dem Konflikt Stellung genommen hatte, in schärfster Weise an, was jedoch allerseits den bestigsten Widerspruch auslöste. Alle Disziplinärener waren sich einig in der Verurteilung der Gewerkschaftsresolution. In zwei Resolutionen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Versammlung nicht anerkennen wolle, daß das Tarifamt über Fragen entscheiden solle, die in die internen Angelegenheiten des Verbandes eingreifen und jede gewerkschaftliche Arbeit illusorisch machen. Ferner wurde ausgesprochen, daß das Verbandsorgan, der „Correspondent“, in dieser Frage verlagert und nicht vermocht habe, die Interessen der Gehilfen und der Organisation wahrzunehmen. — Zur Abstimmung ist es in der überaus stürmisch verlaufenen Versammlung nicht gekommen, da die Mitglieder von einer solchen Abstimmung abnahmen, obgleich die Stimmung für die beiden angeführten Resolutionen war.

Ausland.

Die Budaer Bäder haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern neunmündige Arbeitszeit und Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung. Biergig Bädereien haben bereits bewilligt.

Die Pariser Bauarbeiter streikten. Man veranschlagt die Zahl der Ausständigen bereits auf 15 000. Ueber zwei Drittel der streikenden Bauarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen.

Vom Seemannsstreik.

In Holland, sowohl in Amsterdam wie in Rotterdam, kauerl der Streik der Seeleute fort und hat in den letzten Tagen infolge des Eintreffens neuer Schiffe in den Häfen sich noch weiter ausgedehnt. Der Minister Talma ist am Sonnabend nach Amsterdam gekommen, um zwischen den Parteien zu vermitteln. Bisher haben die Behörden bei diesem Kampfe in immer stärkerer Maße nur die Interessen des Unternehmertums wahrgenommen. In Amsterdam hat die Polizei das Bureau des Seemannsverbandes abgesperrt und sie verhindert sogar den Vorstandsmitgliedern den Zutritt. Ferner verweigert oder verzögert man die Ablieferung von Dopeschen an die Streikleitung (!), wenn darin die Ankunft von Streikbrechern mitgeteilt wird. Auf eine Beschwerde darüber antwortete das Telegraphenamt von Rotterdam, daß das auf Grund des § 14 des Telegraphen- und Telephongesetzes geschähe, der besagt, daß die Auslieferung von Telegrammen verzögert werden kann, wenn „Ihr Inhalt die Sicherheit des Staates, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährdet“. In Amsterdam verweigert man den Seeleuten auch das Telephon, wenn sie Mitteilungen über die Ankunft von Streikbrechern machen wollen, und es scheint sogar ziemlich sicher zu sein, daß man außerdem im Telephonbetrieb Anweisungen gegeben hat, bei Gesprächen der Seemannsorganisationen noch eine dritte Stelle zu verbinden, damit die Polizei und jedenfalls auch das Unternehmertum immer gleich erfährt, was innerhalb der Reihen der Streikenden vorgeht! Die Streikenden selbst halten tapfer im Kampfe aus. Das Unternehmertum sucht von aller Welt Streikbrecher heranzuziehen. Leider sind auch schon einige Sendungen aus Deutschland eingetroffen, wo ja die Streikbrechervermittlung besonders gut organisiert ist. Es sind aber fast alles Leute, die weder die nötige Geschäftlichkeit noch Lust und Ausdauer zur Arbeit haben. Einige sind schon verunglückt und haben ihr Leben eingebüßt bei der halbbrüderlichen Streikarbeit. Ueber eine Sendung von 26 Streikbrechern aus Deutschland, die Ende voriger Woche in Amsterdam eintraf, wird „Der Volk“ berichtet:

„Der Transport machte mehr den Eindruck einer Horde von Vagabunden, als von Leuten, die zur Schiffarbeit fähig waren. Sogar Krüppel und Budlige waren darunter. Die Reeder werden mit diesem Bölschen wenig ausrichten können. Offenbar ist es ihnen auch nur darum zu tun, den Eindruck zu erwecken, daß gearbeitet wird, um damit die Streikenden zu entmutigen.“

Unter den Stellen, die sich in Deutschland mit der Anwerbung von Streikbrechern befaßt, wird auch das „Christliche Arbeiterheim“ in Hamburg, Esplanade, genannt.

Nach einem Telegramm aus Amsterdam haben sich die Zollensführer dem Zustand angeschlossen. Die Minister des Innern, der Justiz und des Krieges hatten eine Besprechung mit dem Bürgermeister über die letzten Unruhen. — Bei Durchsuchungen in drei Häusern, in denen die Ausständigen sich versammelten, wurden fünf Personen verhaftet.

Verfammlungen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zum Freitagabend die Arbeiter und Handwerker der Gaswerke Groß-Berlins zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshause eingeladen. Die dritte Konferenz der Gasarbeiter Deutschlands, die am 23. und 24. August in Berlin stattfinden wird, bildete den Gegenstand eines längeren Vortrags, den Wuyh den Versammelten hielt. Der Redner besprach die Lage der Gasarbeiter, besonders in den städtischen Werken, und zeigte, welche Aufgaben der bevorstehenden Konferenz harrten. Vor allen Dingen müsse das Koalitionsrecht der Gasarbeiter gesichert werden. Mit der übrigen Arbeiterschaft müßten auch die Gasarbeiter gegen den neuen Strafgesetzentwurf Stellung nehmen. Erhebungen über die Arbeiterkategorien in den Gaswerken müßte die Konferenz fordern. Die Achtstundenarbeit sollte ausgedehnt werden auf alle Arbeiter in den Gaswerken. Für soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel Ruhegehälter, sollte ein Rechtsanspruch geschaffen werden. Die Lohnverhältnisse müßten eingehend beraten werden. Es sei die Aufgabe der Konferenz, der Öffentlichkeit ein klares Bild von der sehr verbesserungsbedürftigen Lage der Gasarbeiter zu geben. — Die Versammelten gaben ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen durch lebhaften Beifall zu erkennen und beschloßen sich dann mit der Aufstellung der Kandidaten für die Konferenz. Die Wahl der Delegierten wird am 15., 16. und 17. Juli stattfinden. Eine starke Beteiligung an der Wahl ist sehr wünschenswert.

Letzte Nachrichten.

Gegen die Kriegsheke und Wahlrechtskomödie.

Köln, 10. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Drei überfüllte Versammlungen in Köln protestierten heute abend nach Reden Erdmanns, Limberg und Kolornys gegen die Wahlrechtskomödie und die neueste Kriegsheke.

Budgetdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 10. Juli. (B. L. Z.) Die Deputiertenkammer nahm mit 464 gegen 89 Stimmen das vom Senat zurück überwiesene Budget in seiner Gesamtheit an, nahm jedoch mehrere Abänderungen des vom Senat festgesetzten Textes vor. — Im Verlauf der Debatte über die einzelnen Kapitel des Budgets forderte Driant die Regierung auf, sich über die Frage des Oberbefehls zu äußern. Ministerpräsident Caillaux entzündigte den Kriegsminister, dessen Anwesenheit im Senat erforderlich sei. Er erinnerte an die ministerielle Erklärung und betonte, daß es sich die Regierung angelegen sein lasse, die Landesverteidigung sicher zu stellen. Er könne Driant versichern, daß die Armee zu jeder Stunde aktionsfähig sei. (Beifall.)

Die Kammer lehnte ferner mit 475 gegen 96 Stimmen den Antrag des Deputierten Sigte Quenin ab, der dahin ging, die wegen der Unruhen in der Champagne Verurteilten zu begnadigen.

Der Bauarbeiterstreik in Paris.

Paris, 10. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik der Bauarbeiter nimmt an Ausdehnung zu. Die Polizei gibt in Paris die Zahl der Ausständigen auf 18 500 (von 24 500 Beschäftigten) an. In der Umgebung hat man 4500 Ausständige von 12 700 Beschäftigten gezählt. Zwischen Streikbrechern und der Polizei ist es zu einigen Zusammenstößen gekommen, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. In den Pariser Vororten beschloß das Militär die Arbeit willigen.

Ein Dampfer gekentert.

Hamburg, 10. Juli. (B. L. Z.) Der zur Elbinger Dampfschiff-Reederei J. Schöbau gehörige Dampfer „Elbing VIII“ ist gestern nachmittag auf 63 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 30 Minuten östlicher Länge gekentert. Drei Mann der Besatzung, die sich auf Schiffstrümmern gerettet hatten, wurden von dem Hamburger Dampfer „Portia“ geborgen. Die übrige Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken. Die Frau des Kapitäns wurde als Leiche neben dem Dampfer aufgefischt.

Schwerer Baunfall.

Straubing, 10. Juli. (B. S.) Bei Bauarbeiten stürzte in Sondern eine Scheune zusammen. 5 Arbeiter wurden schwer, ein Helfer leicht verletzt.

18. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Telegraphischer Bericht.

Auf der am Sonntag in Dresden abgehaltenen Vorberberatung wurde die von uns bereits bekannt gegebene Tagesordnung definitiv festgelegt. Aus der Ansprache des Vorsitzenden Genossen Frähdorf ist die Mitteilung bemerkenswert, daß der Vorstand auch an Professor Ehrlich herangetreten ist, um ihn für einen Vortrag zu gewinnen. Ehrlich habe sich aber mit allzu großer Belastung entschuldigt, er habe aber versprochen, in den nächsten Jahren einen Vortrag zu halten.

Am Montag wurden die Verhandlungen im Tivoli-Saale unter Beteiligung von etwa 800 Delegierten eröffnet.

Der Vorsitzende Frähdorf-Dresden begrüßte den Vertreter des sächsischen Staatsministeriums und der sächsischen Landesversicherungsanstalt Geheimrat Ruesche, den Vertreter des Reichsversicherungsamts Dr. Gappe sowie die Vertreter der Königl. Kreisbauhauptmannschaft und der Stadt Dresden. Ferner übermittelte er die Grüße des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann, der in der verflochtenen Woche in Dresden war und auch das Heim der Ortskrankenkassen besucht habe. Bei dieser Gelegenheit habe er die Versicherung abgegeben, daß er alles tun werde, um auch mit den Krankenkassen und insbesondere mit den Ortskrankenkassen in ein ebenso gutes Verhältnis zu treten wünsche, wie mit den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten. Der Herr Präsident versicherte mir, daß er uns also in jeder Weise unterstützen und den Krankenkassen seine regste Anteilnahme zuteil werden lassen werde. (Beifall.) Wir dürfen dem Herrn Präsidenten für das in Aussicht gestellte gute Einvernehmen bestens danken. (Lebhafte Bravo.) Der Vorsitzende Frähdorf begrüßte weiter die Vertreter der Reichskommission der österreichischen Krankenkassen und einen Vertreter der ungarischen Krankenkassen. — Zu Vorsitzenden wurden neben Frähdorf gewählt Mülli-München und Höller-Köln.

Vorsitzender Frähdorf: Der starke Besuch des diesjährigen Ortskrankenkassentages zeigt, welche Bedeutung diese Tagung hat. Die Reichsversicherungsordnung ist soeben publiziert worden und wir haben uns hier nun anzupassen. Die Vertreter der Krankenkassen sollen hier zum erstenmal in die neue Materie eingeführt werden. Es erfüllt uns mit besonderem Stolz, wenn wir auf die

Entwicklung unseres Verbandes

zurückblicken, der vor 19 Jahren in Frankfurt am Main gegründet wurde. Er hatte es sich von vornherein zur Aufgabe gestellt, die Krankenversicherung vorwärts zu bringen durch die gemeinsame Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit Befriedigung können wir auf unsere Leistungen blicken. Diese Tätigkeit mag manchen nicht gefallen. Aber es gibt keine Arbeit, die im besten Sinne des Wortes nationaler ist, als die, die breiten Massen geistig, sittlich und materiell zu heben. Dazu haben die Krankenkassen außerordentlich viel beigetragen, indem sie bemüht waren, ihre Leistungen den Versicherten gegenüber ständig zu steigern. Auf unserer Tagesordnung steht die Frage der

Anpassung der Ortskrankenkassen an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Daß die Reichsversicherungsordnung so, wie sie Gesetz geworden ist, den meisten von uns nicht gefällt, ist bekannt. Das soll aber heute nicht nochmals besprochen werden. Jetzt hat die Kritik zu schweigen und die Velehrung einzusetzen. (Sehr richtig!) Die Gelegenheit zum Kritisieren wird sich vielleicht noch im Laufe des Winters ergeben. Eine der wichtigsten Fragen,

die Kräftefrage

ist ungelöst geblieben. Wir behalten dieselben Verhältnisse wie bisher. Wir haben nicht Ursache, mit diesem Zustand zufrieden zu sein. Aber unsere Antipoden, die Herren Ärzte, sind noch weniger zufrieden. Die Herren vom Wirtschaftlichen Verband in Leipzig haben sich auf ihrer Stuttgarter Tagung in einer Weise über die Reichsversicherungsordnung ausgesprochen, die alles andere als Zufriedenheit bedeutet. Sie haben die Erweiterung der Versicherungspflicht auf die Handlungsgehilfen, Werkmeister und technischen Beamten durch die Erhöhung des versicherungspflichtigen Einkommens auf 2500 M. bemängelt und sie haben ihrer Feindschaft hiergegen lebhaft Ausdruck gegeben. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht aber war geradezu eine Notwendigkeit wegen des Sinkens des Geldwertes. Seit 1884 ist der Geldwert um mindestens 25 Proz. gesunken. (Lebhafte Zustimmung.) Ohne diese Ausdehnung wäre ein Rückgang in der Krankenversicherung eingetreten. Es muß den Herren Ärzten auch vorbehalten werden, daß eine große Anzahl von Personen jetzt in die Versicherungspflicht mit einbezogen sind, deren wirtschaftliche Existenz so ungünstig war, daß sie niemals dem Arzte ein Honorar hätten zahlen können. (Sehr richtig!) Es ist nicht

unsere Aufgabe, was wir immer betont haben, den Ärzten das Recht zu nehmen, sich ihrer Haut zu wehren. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Ärzte angemessen honoriert werden müssen und daß sie auch von den Krankenkassen eine ihrem Stande entsprechende Behandlung verlangen können. Aber wir dürfen und werden nicht Maßnahmen verlangen, die die Krankenkassen an die Ärzte ausliefern. Die Verantwortung für die Kosten tragen nicht die Ärzte, sondern wir, die Krankenkassen. Die Ärzte haben doch auch manche Vorteile durch uns. Man hat uns jetzt den Kampf angedroht. Man wird bei uns energischen Widerstand finden. Wenn man in Stuttgart betont hat, daß 95 Proz. der Ärzte im Leipziger Verband organisiert sind, so ist darauf zu erwidern, daß es auch hier wie bei anderen Organisationen, viele Papiersoldaten geben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Papiersoldaten würden in viel größerer Zahl abspringen, wenn sie nicht durch eine falsche Standesgesetzgebung zwangsweise an die Organisation gekettet werden. Wir wollen keinen Kampf mit den Ärzten, aber wir wollen unsere eigenen Interessen vertreten. Wir hoffen, daß uns die Landesregierungen und die Reichsregierung nicht schuldig lassen wird, denn wir haben keine persönlichen Interessen. Wir vertreten die Interessen der Allgemeinheit, die Ärzte aber ihre persönlichen Interessen. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Verhandlungen sollen getragen sein von dem Wunsch, der Allgemeinheit zu dienen. Unsere Gegner sind Ehrenmänner und in diesem Sinne wollen wir arbeiten. Es gilt jetzt, die Krankenkassen in die richtigen Bahnen zu lenken. Hieran müssen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kassenbeamte gemeinsam zusammenarbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer Begrüßung des Kongresses durch Stadtrat Reichert namens der Stadt Dresden wurde in die Tagesordnung

eingetreten. Das Hauptthema lautet: Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal sprach über die behördliche Organisation, die Aufsicht, die Rechtsbehelfe und die Strafvorschriften: Wir, die wir für die Selbstverwaltung der Krankenkassen gekämpft haben, führte er aus, sind besiegt worden. Diese Niederlage empfinden wir besonders stark in der Stadt der Internationalen Hygieneausstellung, denn in der Abteilung für Arbeiterversicherung wird gezeigt, daß der Fortschritt der Arbeiterversicherung nicht anderes bedeutet als Volkswohlfahrt und Volkshygiene und daß dieser Fortschritt der ganzen Nation zugute kommt. Trotz dieser Niederlage müssen jetzt Sieger und Besiegte gemeinsam und schließlich und friedlich an der Einführung der Reichsversicherungsordnung zusammenarbeiten. Daher ist eine angemessene Aufklärung auf die Tagesordnung des diesjährigen Kongresses gesetzt worden. Der Redner bespricht nun eingehend die grundsätzlichen Forderungen: der Gesetzgeber hat eine Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsarten abgelehnt. Aber er verfolgt die Tendenz einer Vereinheitlichung des materiellen Versicherungsrechts der verschiedenen Versicherungsarten. Die behördliche Organisation erlaubt eine grundlegende Umgestaltung. Neben der außerordentlichen Vergrößerung des Umfangs der Versicherungspflicht, die künftig fast den dritten Teil der Bevölkerung krankenversicherungspflichtig macht, ist die neue behördliche Organisation die wichtigste Veränderung der Reichsversicherungsordnung. Die neue Organisation legt an die Stelle der bisherigen Zersplitterung und Unklarheit gemeinsame Unterlagen für die Gesamtheit der sozialen Versicherung. Wir haben nunmehr einen gemeinsamen Unterbau. Wir stehen hier vor einem Neuland und die Krankenkassen müssen nun mit ihren täglichen Erfahrungen in der Praxis den Beweis erbringen, wie die neuen Bestimmungen nimmere in der Praxis zu verwerten sind. Was die Aufsicht anlangt, so hat sie sich durch die Reichsversicherungsordnung, wenigstens soweit die Krankenversicherung in Betracht kommt, nur in bezug auf die Zuständigkeit geändert. Die Aufsicht steht zu den Kassen in keinem Sorgeverhältnis. Aufsichtsamt und Oberaufsichtsamt dürfen sich niemals als Sorgeorgane der Kassen betrachten. Manche Behörden haben allerdings schon früher geglaubt, daß zwischen ihnen und den Krankenkassen das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen bestände. Aber die Aufsicht erstreckt sich nur auf die Gesetzmäßigkeit, nicht auf die Zweckmäßigkeit von Kassenanordnungen. Darum steht auch künftig der Aufsichtsbehörde gegenüber der Verwaltung der Krankenkassen weder das Recht der Kritik noch das Recht des Tadels zu. Sie haben auch nicht das Recht, Krankenkassenangehörige und Kassenvorstände wegen ihrer politischen oder religiösen Ansichten an sich zu verhaften. Von großer Bedeutung sind auch die neuen Bestimmungen über die Rechtsbehelfe. Damit ist etwas gesetzlich festgelegt, was die Krankenkassen immer erstrebt haben. Zur Rechtsbehelfe verpflichtet sind alle Versicherungsnehmer, aber auch die Gerichte. Der Gegenstand der Rechtsbehelfe ist lediglich der Vollzug der Reichsversicherungsordnung. Darum wird auch niemals eine Behörde die Krankenkassen zur Ermittlung von Steuern heranziehen können und dürfen. Es ist hier zum erstenmal der Versuch eines umfassenden

Rechtschutzes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Versicherung gemacht worden. Der Schutz erstreckt sich bei den Arbeitnehmern auf Schädigungen, die ihnen aus der Inanspruchnahme der Reichsversicherungsordnung entstehen können. Der Versicherte ist geschützt gegen alle Beeinträchtigungen aus der Ausübung eines Ehrenamtes. Er genießt den straf- und privatrechtlichen Schutz und alle Vereinbarungen, die Arbeitgeber mit Arbeitnehmer dahingehend abschließen, daß sie ein Ehrenamt nicht ausüben dürfen, sind privatrechtlich nichtig und alle Verträge, die an der Ausübung zu hindern, sind strafbar. Der Versicherte ist auch geschützt durch die Verpflichtung der Geheimhaltung von Krankheiten, die er während des Versicherungsverhältnisses erleidet. Hier war das geltende Recht mangelhaft. Es war möglich, den Versicherten durch Verrat seines körperlichen Zustandes materiell zu schädigen. Es besteht jetzt für alle Beteiligten an einem Zivilprozeß unbedingte und strafrechtlich geschützte Geheimhaltungspflicht. Dem Schutz der Versicherten gegen die Gefahren aus der Teilnahme an der sozialen Versicherung entspricht aber auch ein gleicher Schutz der Unternehmer und zwar ein Schutz, gegen den Verrat von Geschäfts- und Betriebsereignissen. Es ist klar, daß bei der Feststellung von Ansprüchen namentlich bei Unfällen, wo eine Betriebsbeeinträchtigung angeordnet wurde, viele Personen einen Einblick in den Geschäftsbetrieb bekommen. Um eine Schädigung des Unternehmers zu verhindern, ist daher ein strafrechtlicher Schutz festgesetzt worden, der recht empfindlich werden kann, wenn der Verrat in der Absicht, sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, erfolgt. Die vermögensrechtliche Haftung des Unternehmers bei hinterzogenen Beträgen ist nach den neuen Bestimmungen wie bei der Steuer dadurch erhöht worden, daß er eine Strafe bis zum fünffachen Betrage der hinterzogenen Summen zu zahlen hat. Das ist eine Bestimmung, die die Arbeitgeber sehr wohl beachten müssen. Das neue Recht legt uns Krankenkassenvertretern wichtige Pflichten auf. Wir wollen den Wunsch aussprechen, daß die Organe der Krankenkassen wie bisher mit Eifer, Pflanztreue und Sorgfalt ihren Aufgaben nachkommen mögen und damit glänzend das Vertrauen rechtfertigen werden, das die Reichsversicherungsordnung in ihre Wirksamkeit gesetzt hat. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte

Erwiderte der Vorsitzende Frähdorf auf eine Anfrage aus der Versammlung, daß die Ortskrankenkassen bei den Wahlen zu den Behörden den Versuch einer Vereinigung mit den anderen Kassenarten durch Anstellung einer gemeinsamen Liste machen werden.

Bureauvorstand Frenzel-Dresden sprach über den Umfang der Krankenversicherung.

Auch auf dem Gebiet der freiwilligen Versicherung wird die Zahl der Versicherten erheblich wachsen. Es wird Aufgabe der Krankenkassen sein, die neuen versicherungsberechtigten Kreise so früh wie möglich heranzuziehen, damit sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gegen Nachteile geschützt und damit Streitigkeiten und Nachzahlungen vermieden werden. Notwendig ist, daß die Bevölkerung durch von sachverständiger Seite geschriebene Artikel in den Zeitungen aufgeklärt wird. Vielleicht empfiehlt sich auch die Veröffentlichung von Merkblättern. Die Ortskrankenkassen werden zeitigen daran denken müssen, entsprechend der wachsenden Zahl der versicherungspflichtigen und Versicherungsberechtigten auch ihre Einrichtungen, Krankenanstalten, Wahausgabestellen, Heil- und Erholungsstätten usw. zu vermehren und zu erweitern. Mit der Erweiterung der Versicherungspflicht und der Versicherungsberechtigung wird den Ortskrankenkassen eine Fülle von neuen Pflichten erwachsen, die sie mit Lust und Liebe und Verständnis für die Interessen der Versicherten zu lösen haben werden. (Lebhafte Beifall.)

Weiter behandelte der Geschäftsführer der Kasse Berliner Kaufleute Albert Kohn die

Maßnahmen zur Bekämpfung von Krankheiten.

Es gibt keine schönere und höhere Aufgabe als dafür zu sorgen, daß die Kranken Versicherten reich und nachhaltig geheilt werden. Das Gesetz räumt endlich den Krankenkassen das Recht ein, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. An uns wird es nun liegen, aus diesem Recht eine Pflicht zu machen. Sie haben die Aufgabe, dahin zu wirken, daß der § 303, der uns dieses Recht einräumt, einer der legendärsten der ganzen sozialen Versicherung wird. Die Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten sind vielseitig. Um aber zu erkennen, was zu verbieten ist, brauchen wir eine sorgfältige Krankenzustatistik, die mehr als bisher gepflegt werden muß. Es ist nötig, daß wir auf diesem Gebiet energischer als bisher auch mit anderen Kassenarten tätig sind. Jetzt erfahren wir meist durch irgend eine zufällige Publikation, welche Verheerungen die Arbeit mit Giftstoffen in der chemischen Industrie anrichtet. Durch eine umfangreiche Statistik werden wir die Ursachen dieser Schäden erkennen und viel wirksamer Abhilfe leisten. Ein Erfolg ist auch der § 185 der Reichsversicherungsordnung, der es ermöglicht, die Schulpflicht lassen, wenn das Frankreich nichts einbringt. Man wird wohl ein kleines Gebiet behalten. Nicht einen Meter! Aber das Land wird ruhig sein. Und weiter? — Und weiter wird man Bergwerke ausbeuten, Konzeptionen verwerten, Eisenbahnen bauen können. Unsere Landsleute haben da unlen große Interessen. Welche Landsleute? — Ich kann Ihnen keine Namen zitieren. Es sind übrigens Leute, die ich nicht kenne. — Sie haben bedeutende Kapitalien angelegt. Um so schlimmer für sie. Das sind heiße Geschäfte. Sie wußten wohl, daß das Land immer unruhiger war, nicht wahr? Sie hätten also nicht hingehen müssen. Aber dort ist eine Getreidequelle, die unser Land bereichern würde. Die einige Individuen unseres Landes bereichern würde. Das ist daselbe. Wenn sich ein Bürger bereichert, bereichert sich das Land. Das Interesse dieser Kapitalisten ist das Interesse der Nation. Ehedem schlug man sich für Ideen... Das war übertrieben. Heute schlägt man sich für Interessen. Das ist positiv, das ist etwas realer. Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Das Interesse eines Kongressarbeits ist vielleicht das Interesse des Landes und folglich ein wenig mein Interesse. Aber es ist sehr wenig mein Interesse, ganz wenig, so wenig, daß ich mich frage, ob es überhaupt mein Interesse ist. Immerhin, wenn Schwierigkeiten entständen, wenn... Ich täte meine Pflicht, weil ich kein Feigling bin. Aber ich würde ohne Begrüßung ziehen. Denn schließlich sind die Schäden im Interesse von einzelnen Privatpersonen einschlagen zu lassen. Das ein allgemeines Interesse ist. Wenn Sie wollen. Und Sie glauben, daß sich in Deutschland die Tapezierer, wie ich es bin, für Marokko erziehen? Ich weiß nicht. Soll ich's Ihnen sagen? Ich meine, daß diese Geschichten von den Interessierten allein ausgetragen werden sollten. Das wird vielleicht geschehen und wer weiß, ob das deutsche Schiff nicht Agadir verlassen wird, sobald man gewisse deutsche Wertpapiere an der Börse zuläßt. Als der Kaiser vor einigen Jahren nach Marokko ging, erklärte er, daß er den Handel seiner Untertanen unterstützen wolle. Wenn er das Kanonenboot nach Agadir geschickt hat, so war's vielleicht darum, weil er sich für das Gedeihen der Finanzleute interessierte. — Was Herr Kohns Schilderung ist die Stimmung der großen Mehrheit diesseits und jenseits der Grenze. Nur daß die deutschen Tapezierer höchst für jedesweils Stück des marokkanischen Kupfers danken. Wegen der Leichnamerger.

Das Leben der norwegischen Bergarbeiter.

Von Johan Falkberget.

(Anlässlich des Streites der norwegischen Bergarbeiter veröffentlicht der norwegische Dichter Johan Falkberget in der skandinavischen Arbeiterpresse die nachstehende Schilderung, die um so mehr Interesse erweckt wird, als Falkberget selbst von frühester Jugend an das Leben und Leiden des Grubenarbeiters persönlich kennen gelernt hat.)

Zu allen Zeiten war der norwegische Grubenarbeiter schlecht bezahlt, obwohl er mit einer kalten und unbarmherzigen Natur zu kämpfen hat, in einer der kältesten Gegenden der Erde lebt. Und um sich vor dem Hunger zu schützen, mußte er sich unmenslich abplagen. Wo die ältesten Gruben liegen, haben die Arbeiter hier und da zwischen den Säulen im Gebirge kleine Heimgärten. Sie haben den Keinen feinsten Ader urbar gemacht in lichten Vorsommernächten. Und sie haben selbst ihre kleine Hütte, die Luft der Familie, geputzt. Wenn der lange Arbeitstag zu Ende war, ging der Grubenarbeiter heim, oft einen meilenweiten Weg in der kältesten Abendsonne, grub den Ader auf, zimmerte an seiner Hütte die Heide Nacht hindurch und wanderte am Morgen den langen Weg wieder zurück zur Grube, wo ein neuer Tag der Plage seiner wartete.

Aber das kleine Heim, die niedrige Hütte mit den kleinen Fenstern und der kleinen Wiege mit Blumen und Gras, eingegrenzt von einer moosbedeckten Steinmauer, war sein Königreich. Der Grubenarbeiter hängt mit Liebe an diesem feinsten, frostigen Boden. Aber wie viel er auch arbeitet und abplagt, kam er doch oft in Schulden, und die Gläubiger pfändeten seine kleine Hütte. Dergleichen Pfändungen wirken, wie wenn der Tod selbst in das Leben greift. In der Grube wie auf der mageren Erde hatte er gekämpft gegen den lauernden Tod. Und eines Tages, als er nicht mehr konnte und kraftlos unter der Last zusammenbrach, kam der Kirchensoldat mit seinem Kommer und hielt Auktion auf dem Hofe. Das war größeres Unglück und schwerere Sorge, als wenn ein schwarzer Satz den Berg hinunter nach dem armenlichen Kirchhof ins Tal gebracht wurde, wo der wehmütige Klang der Kirchenglocken zu den schneebedeckten Rinnen der Berge emporsteigt.

In alten Zeiten — vor 200 Jahren — griffen die Bergleute dann und wann zum Aufbruch, wenn ihnen das Elendleben zu unerträglich wurde. Da wurde Eilbote auf Eilbote herumgeschickt, und an einem bestimmten Tage brachen sie auf, bewaffnet mit Äxten und Stangen, und zogen zum Verwalter. Einmal, im 17. Jahrhundert, versammelten sie sich an einem Winternachmittag dem Eise eines Sees, knieten nieder und schworen bei Gott im Himmel, daß sie treu zusammenhalten wollten. Dann zogen die halberfrorenen, ausgehungerten Scharen hinunter zur Verghardt,

holten den Verwalter aus seinem Hause und gaben ihm die Wahl, entweder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern oder sein Leben zu lassen.

Dann kam nach diesen, vielen Generationen die Organisation und führte mancherlei Verbesserungen durch, besonders in den Wohnungsverhältnissen und in der Arbeitszeit. Den Arbeitsdienst in die Höhe zu bringen, damit ging es jedoch sehr langsam. Der Grubenarbeiter, dem immer schlechtere und schlechtere Bezahlung geboten wurde, mußte endlich einmal „nein“ sagen!

Keiner, der nicht selbst das Los des norwegischen Grubenarbeiters geteilt hat, kann ermessen, wie viel Mitleid und Sympathie sie nun verdienen. Aber der, der Gerechtigkeit liebt und sich für die sozialen Verhältnisse interessiert, wird den ineligenen Arbeitern in dem Schneegebirge des Nordens seine Teilnahme nicht ver sagen.

Agadir. Im Pariser „Gil Blas“ veröffentlicht Herr Rozière, ein revolutionärer Gesinnungen durchaus unerdächtiger Journalist, folgende Plauderei:

Europa ist in Aufregung, weil die deutsche Regierung das Kanonenboot „Panther“ nach Agadir geschickt hat. Vielleicht haben sie noch in der letzten Woche von der Existenz von Agadir nichts gewußt. Diese Stadt ist heute berühmt — gleich Algier. Die diplomatischen Schwierigkeiten lehren wenigstens die Völker Geographie.

Wer sich nicht gewohnheitsmäßig mit den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, ist durch diese Nachricht nicht sehr bewegt worden. Ich hatte Gelegenheit, aber diesen Gegenstand mit einem braven Tapezierer, der mir ein kleines Landhaus instand setzt, einige Worte zu wechseln:

Run! Was sagen Sie zu den Ereignissen? — Nichts. Sie haben Sie die Zeitungen nicht gelesen? Die deutsche Regierung hat nach Marokko ein Kanonenboot geschickt! — Ja, so stand's gedruckt!

Also? — Nun — nichts! Was denken Sie? — Ich denke, daß die Deutschen ein Stück vom Kuchen wollen. Das ist ganz natürlich. Da man Marokko teilen will, muß jeder sein Stück kriegen.

Aber man wird Marokko nicht teilen. — Was? Wir werden das Ganze behalten?

Rein, wir werden nichts nehmen. — Das ist möglich! Alles ist möglich! Aber wozu haben wir denn Soldaten hinuntergeschickt? Um die Ordnung wieder herzustellen. — Und wenn die Ordnung wieder hergestellt ist?

Dann werden unsere Truppen heimgehen. Was ist dann unser Nutzen? — Wir haben keinen. Oh, Sie verbergen mir etwas. Man hätte nicht Franzosen

Maßnahmen auch auf die Umgebung der Erkrankten auszuweiten. Den Krankenlasten wird damit die Möglichkeit eingeräumt, Hilfe und Beratung durch Krankenschwestern und Krankenpfleger zu gewahren, auch in den Fällen, wo eine Krankenhausbehandlung geboten, aber nicht ausführbar ist. Wir dürfen uns nicht an die Kinderleistungen halten, denn die Krankenlasten sind nicht dazu berufen, unter allen Umständen ihre Pflichten zu erfüllen. Wir müssen aus diesem Gesetze, das wir so viel getadelt haben, nun herausziehen, was für die Versicherten her- auszuholen ist. Nachdem jetzt viele Millionen neu in die Versicherung einbezogen werden, ist es doppelte Pflicht, nicht nur Medizin, Heilmittel und Arzt zu gewahren, sondern eine hygienische Kultur zu bieten. In sehr vielen Fällen konnten die Anordnungen auch des wohlmeinendsten Arztes nicht ausgeführt werden, weil die Mittel und auch das Verständnis beim Kranken und seiner Familie fehlten. Wenn wir auch der Ansicht sind, daß der beste Aufenthalt für den Kranken das Krankenhaus ist, so verhindert die Weitenot doch die Durchführung. Die Krankenpflege im Hause wird auch vordringend wirken, denn die Familienangehörigen werden häufig durch die Wirksamkeit der Schwester und des Pflegers belehrt und erhalten und sie werden auch in sachgemäßer Weise vor der Aufstehungsgefahr bewahrt werden. Das allein müßte schon genügen, um die Kosten zu vermindern, die Krankenpflege durchzuführen und auf das Recht verzichten, ein Viertel des Betrages für die Krankenpflege in Abzug zu bringen. Bei den lärglich bemessenen Sätzen muß der Arbeiter ohnehin mit jedem Pfennig rechnen und er würde sonst wohl auch im Wiederholungsfall die Krankenpflege einfach ablehnen. Wenn wir die Scheu vor dem Krankenhause überwinden wollen, müssen wir der Familie die Sorge ihrer Existenz abnehmen. Die Fürsorge für die Genesenden ist auch nur ein Nebenpfeil. Wenn der Kranke schon vor seiner völligen Wiederherstellung die Arbeit aufnimmt, so wird er über kurz oder lang wieder den Kosten anheimfallen. Zu begreifen ist es, daß es jetzt nicht mehr möglich sein wird, demjenigen, der sich durch Krankheit eine Krankheit zugezogen hat, teilweise das Krankengeld zu entziehen. Es wird nun viel wirksamer der Kampf gegen die Schäden des Alkoholismus aufgenommen werden können. Auch die Möglichkeit der Bewilligung von Krankengeld bedeutet einen wesentlichen Fortschritt. Bei den Magenkranken wird dadurch eine schnellere Heilung und damit eine Entlastung der Kosten herbeigeführt werden. Bei der Frage der Wochenhilfe läge es ja für uns nahe, bitter zu werden. Wie nachdrücklich und energisch ist von allen Seiten ein ausreichender Mutterschutz propagiert worden. Was erreicht ist, ist höchst mager. Wenn wir einen gesunden Nachwuchs haben wollen, dann darf die Mutter nicht bis zur letzten Stunde dem Erwerb nachgehen. Immerhin muß anerkannt werden, daß mit den 14 Tagen wenigstens die Notwendigkeit einer Schwangerschaftsunterstützung anerkannt worden ist. Inneere Aufgabe muß es nun sein, mit Nachdruck dahin zu arbeiten, daß ein wirklicher Schutz erreicht wird. (Stürmischer Beifall.) Sehr zu bedauern ist es, daß die Bezahlung der Hebammen nicht obligatorisch gemacht worden ist. Die Statistik weist nach, daß die Opfer des Kindbettfiebers dort am größten sind, wo die Zahl der Hebammen am geringsten ist. Die Gewährung eines Säuglingsschutzes und eines Stillgeldes liegt im eigenen Interesse der Frauen, denn über kurz oder lang werden ja auch diese Kinder einmal Kostenmitglieder. Die Frauen haben daher das größte Interesse daran, daß der Nachwuchs möglichst gesund ist. Bei der Krankenkontrolle wird die Mitarbeit der Frau notwendig sein. Die Kranken- und Hauspflege und die Gewährung von Stillgeld setzt weibliche Kontrollbeamte voraus. Nebenberuflich werden die Maßnahmen der Krankenkassen im Kampfe gegen den Alkoholismus, die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten, den Lupus und vor allem den Krebs. Hier muß durch Verblättern Aufklärung unter den Mitgliedern verbreitet werden, vielleicht im Zusammenarbeiten mit den gemeinnützigen Gesellschaften, wie das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose und die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Vielleicht empfiehlt es sich auch, die von diesen Gesellschaften veranstalteten Wanderausstellungen den Kassamitgliedern zugänglich zu machen. Die Bedeutung der Wohnungsfrage für die allgemeine Hygiene wird heute immer mehr erkannt. Hier in Dresden kann man jetzt besonders sehen, daß eine gesunde Wohnung das Maßstab der Volkshygiene ist. Ohne eine gesunde Wohnung können die hygienischen Vorschriften überhaupt nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Krankenkassen haben sich bisher nur in sehr bescheidenem Maße um die Wohnungen ihrer Mitglieder gekümmert. Das muß viel nachdrücklicher geschehen und es muß insbesondere den Vereinen zur Pflicht gemacht werden, ein aufmerksames Auge auf die Wohnungsverhältnisse zu richten. Verblättern über Wohnungspflege und Wohnungshaltung können viel helfen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Mißstände nicht immer nur an der Beschaffenheit der Wohnungen liegen, sondern daß Kaufleute der Menschen unfähig sind, eine vernünftige Wohnungspflege durchzuführen. Wir müssen weiter dafür sorgen, daß die Verabfolgung von Desinfektionsmitteln kostenlos erfolgt. Die Wohnungen müssen fortwährend desinfiziert werden, nicht erst, wenn der Tod eingetreten ist. Den gemeinnützigen Miethausstellen müssen wir fernerhin unsere Unterstützung zu teil werden lassen, ebenso den Erholungsstätten, und der aus Amerika zu uns herübergekommenen Anregung, der Benutzung von Walderholungsstätten in der Nacht. Damit bekämpfen wir auch die Lutschen, die große Teile unserer Bevölkerung beherrscht. Wer einmal da draußen war, wird sich nicht mehr hermetisch in seiner Wohnung von jeder frischen Luft abschließen. (Zustimmung.) Die Neuordnung des Versicherungsweilens legt den Frauen eine große Arbeit auf. Es wird nicht an Vorständen und Beamten fehlen, die ihre Aufgaben rein bürokratisch ausfüllen und bemüht sein werden, durch möglichst niedrige Ausgaben die Rücklagen zu erhöhen. Wir in den Ortskrankenkassen müssen aber dafür sorgen, daß es niemals an Männern und Frauen fehlt, die sich bemühen, daß es eine Institution im Deutschen Reich gibt, die nachhaltig und gründlich für die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes wirkt und das ist die Krankenversicherung. (Stürmischer Beifall.)

Kassenvorstand der Wittli-München referiert über den Gegenstand der Versicherung.

Er legte den Frauen nahe, von dem Recht keinen Gebrauch zu machen, die Landarbeiter dort, wo keine Landlassen bestehen, nicht aufzunehmen. Die Ortskrankenkassen ihrerseits sollten nicht dazu beitragen, die Landarbeiter, die ohnehin durch das Gesetz mißhandelt sind, zu Menschen dritten oder gar vierten Grades zu stampeln. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

VI. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Der Verbandstag trat am Dienstag, den 4. Juli, in Halle a. S. zusammen. Es nahmen 59 Delegierte, die Oberleute des Ausschusses und der Preiskommission und der 1. und 2. Verbandsvorstände teil. Stadtverordneter Emmert hielt alle Versammelten in einer herzlichen Begrüßungsbrede willkommen; Verbandsvorstand Litzin ließ in einer längeren Rede die Ereignisse des Jahres Revue passieren. Er hob unter lebhafter Zustimmung der Versammelten hervor, daß die Reichsfinanzreform dem Gastwirtsgerwerbe noch weit größere Opfer auferlegen hat, als die Wirte früher vorausgesehen haben. Ebenfalls bräute die Reichsversicherungsordnung den Wirten keine der notwendigen sozialen Schutzbestimmungen. — Besonders wertvoll legte Litzin auf eine öffentliche Nichtbilligung. Am letzten Verhandlungstage des Dresdener Generalkongresses erhob der Vertreter der Tabakarbeiter Max Kiesel-Verlin den schweren Vorwurf, daß sozialdemokratische Gastwirte sich angelehnt der schweren Lage der Tabakarbeiter nicht genierten, in einem ausgesprochenen Organ der Schankwirte, der „Süddeutschen Tabakzeitung“, nach Tabakfabrikanten zu infizieren. Diese Behauptung

hieß Litzin im Namen des Vorstehers und des Verbandes in schärfster Weise zurück. Wahr ist lediglich, daß ein einziges Mitglied in einem einzigen Falle im Februar 1910 ein Inserat an jene Zeitung gegeben hat; niemals aber hat eine Einkaufsvereinigung oder eine Zählstelle des Verbandes in diesem oder einem anderen Unternehmernorgan inseriert. Der Verband hat vielmehr auf seiner Generalversammlung in Köln ausdrücklich beschlossen, nur bei Unternehmern einzulassen, die vor allem die tariflichen Löhne und anständigen Arbeitsbedingungen gewähren. Litzin ersucht erneut die Delegierten, in allen Zählstellen dahin zu wirken, daß die Gastwirte durch ihren Einfluß mit dazu beitragen, den Forderungen der Arbeiter bei den Unternehmern Geltung zu verschaffen.

Am Mittwochmorgen wurde in die Verhandlungen eingetreten. Der Geschäftsführer Wienle-Berlin erstattete den

Rassenbericht.

Die Bilanz der Hauptkasse weist eine Einnahme von 126 546,33 M. auf, eine Ausgabe von 107 592,70 M. Das am Anfang des Geschäftsjahres vorhandene Vermögen betrug 58 919,07 M.; hierzu die im verfloffenen Jahre erzielte Mehreinnahme von 18 968,63 M., ergibt ein Gesamtvermögen in der Hauptkasse von 75 872,70 M. In den Zählstellen befinden sich 17 894 M. Wienle meinte jedoch, daß diese Summe sich bestimmt auf 20 000 M. erhöhen würde, wenn alles richtig angegeben würde. Die Hauptkasse leistete an Sterbeunterstützung für Männer 10 025 M., für Frauen 6050 M. Diese Summen verteilen sich auf 68 Kollegen und 32 Frauen in 11 Zählstellen. An Ertragsunterstützungen leistete die Hauptkasse 4115 M., an Reichsschutz 8306,87 M., für Agitation wandte sie 4008,79 M. auf, für die ausgeperrten Bauarbeiter 1000 M.

Aus der gedruckten Abrechnung des Geschäftsführers geht hervor, daß der Verband am 31. März dieses Jahres in 111 Zählstellen vertreten war, außerdem befand er Einzelgänger. Auf dem vorjährigen Verbandstage in Linden betrug die Mitgliederzahl 5094; im verfloffenen Geschäftsjahre wurden 1276 neu aufgenommen, durch den Tod verloren gingen 68, der Mitgliederbestand am 31. März 1911 betrug 5415. Die Pluktuation im verfloffenen Jahre betrug also 887, die Mitgliederzunahme 321.

Der allgemeine Bericht des Verbandsvorstandes

Litzin handelte zum größten Teile über die verschiedenartigsten Differenzen der einzelnen Zählstellen, teils mit Behörden, teils mit Parteigenossen u. a., in denen der Vorstand eingreifen mußte. Fast alle diese Fälle haben nur für die Verbandsmitglieder besondere Bedeutung, für die breite Öffentlichkeit sind sie von minderer Interesse. In einer ganzen Reihe weiterer Fälle hat der Vorstand einschreiten müssen, wo es sich darum handelte, kommunale Belastungen für die Mitglieder abzuwehren, wie sie ihnen die verschiedenen Stadtverwaltungen in Gestalt von Lustbarkeitssteuern aufzupressen versuchten. In einer Reihe von Städten ist es gelungen, den Versuch der Stadtverwaltungen abzuwehren; in anderen Orten müssen die Kollegen neben den Lasten der Reichsfinanzreform diese neuen Lasten noch tragen.

Debatten über den Vorstandsbericht

nahm die Erörterung von Beschwerden und verschiedenen inneren Zwistigkeiten ein, die besonders einzelne Mitglieder der Zählstelle Berlin berührten. Für die Öffentlichkeit von Interesse sind die Ausführungen, die v. d. Heyden-Köln über die verheerenden Wirkungen der Reichsfinanzreform auf das Gastwirtsgerwerbe machte. In Köln sind seit Einführung der Finanzreform schon 50 Häuser mit Wirtschaftsbetrieb subhastriert worden, und eine Vielzahl noch größere Zahl von Wirten, welche zur Miete wohnen, geben wegen des Rückganges der Prosperität ihr Geschäft auf. Die Debatte wurde durch Schlußantrag beendet, nachdem 24 Diskussionsredner zu Wort gekommen.

Darauf hielt Giermann-Nürnberg ein sehr instruktives Referat über das

Einkaufs- und Produktivgenossenschaftswesen im Verbande.

Es ist dies eine der wichtigsten Fragen im Verband, bei der es sich darum handelt, auf dem Wege der genossenschaftlichen Betätigung sich gegenseitig Erleichterungen zu verschaffen.

Die positiven Vorschläge, die der Redner zur Forcierung der ganzen Angelegenheit machte, sind in den folgenden von ihm eingebrachten Resolutionen niedergelegt:

„Es ist eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die alle Quartale einen gedrängten Situationsbericht im Verbandsorgan und alljährlich auf dem Verbandstag einen Jahresbericht zu geben hat über die Entwicklung und Förderung des gemeinsamen Warenbezuges und genossenschaftlichen Einkaufs.“

Ferner soll die Zentralisation eines Warenkaufbüros von der Kommission vorbereitet und dem nächsten Verbandstag praktische Vorschläge gemacht werden.

Die Kommission ist auf dem Verbandstag selbst zu wählen und hat ihren Obmann selbst zu ernennen.

Die Einkaufskommissionen aller Zählstellen sind verpflichtet, alles verfügbare Zahlen- und Entwicklungsmaterial dem Obmann zuzuführen zur agitatorischen und organisatorischen Verwendung.“

Der Verbandstag empfiehlt den Mitgliedern aller Zählstellen möglichst Anschluss an die bestehenden Konsumvereine und Genossenschaftsbetriebe und energische Ausdehnung der bestehenden Einkaufsgenossenschaften.“

Ferner wurde noch folgende Resolution angenommen:

„Der 6. ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands beauftragt den Hauptvorstand oder die zu gründende Kommission, Erhebungen anzustellen, ob in unseren Zählstellen Kollegen vorhanden sind, welche sich mit Zeichnung von 10 M. als Betriebsmittel zur Gründung einer Einkaufszentrale, welche in der Mitte des Deutschen Reiches liegen muß, einverstanden erklären.“

Als Mitglieder der Kommission zur Förderung des gemeinsamen Warenkaufs wurden Müller-Leipzig, Grünwald-Hamburg, v. d. Heyden-Köln, Brandt-Frankfurt a. M., Matthes-Berlin gewählt.

Pfeger-Strahburg referierte sodann über den

paritätischen Arbeitsnachweis

und fand folgende Resolution Annahme:

„Der 6. Verbandstag in Halle erklärt es als eine zwingende Notwendigkeit, daß für das Gast- und Schankwirtsgerwerbe städtische paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden. Um diese lebensfähig zu machen, müssen die Zuschüsse aus städtischen Mitteln so bemessen sein, daß die zur Zahlung Verpflichteten nicht über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden.“

Den Bericht der Statutenberatungskommission

gibt Matthes-Berlin. Er betont, daß auch diesmal der § 2 des Statuts (politische Organisation der Mitglieder bei der Sozialdemokratie) eine Rolle spielte. Die Kommission empfahl nun mit 6 gegen 3 Stimmen, die Bestimmung, daß nur Mitglied werden kann, wer auch politisch in der sozialdemokratischen Partei organisiert ist, zu streichen. Die namentliche Abstimmung über diesen strittigen Punkt ergab, daß derselbe in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, daß also nach wie vor nur Mitglied werden kann, wer sich in der sozialdemokratischen Partei organisiert. — Beschlossen wurde, eine Revision des § 2 für den nächsten Verbandstag vorzubereiten. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß gab der größere Teil der süddeutschen Delegierten die Erklärung ab, daß sie den in Süddeutschland sich bemerkbar machenden Bestrebungen zur Gründung einer Sonderorganisation nach Kräften entgegenzutreten werden.

Ferner wurde beschlossen, daß Mitglieder, die kein Geschäft betreiben, auf ihren Antrag der Beitrag auf eine Mark ermäßigt werden kann. — Die sonstigen Beschlüsse beziehen sich auf die Reorganisation der Kontroll- und Preiskommission; ferner wurde der zwischen dem Verband und der Mannheimer Versicherungsgesellschaft abgeschlossene Versicherungsvertrag sanktioniert. Ebenfalls wurde der Annoncenvertrag im Organ „Freier Gastwirt“ zu-

gestimmt. — Auf Antrag der Leipziger Delegation wurde beschlossen, für die Frauen eine monatliche Beilage herauszugeben. — Ferner wurde bestimmt, daß der Posten des Redakteurs von dem des ersten Vorsitzenden getrennt werden soll, d. h. Redakteur und Vorsitzender darf nicht ein und dieselbe Person sein.

Die Anträge auf Einführung einer Krankenkasse und einer Pensionskasse im Verband wurden dem Vorstand überwiesen. — Der nächstjährige Verbandstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

Dann wurde beschlossen, den ersten Vorsitzenden mit einem Grundgehalt von 3000 M. fest anzustellen. Als erster Vorsitzender wurde Litzin einstimmig gewählt. — Der Sitz des Ausschusses wurde in Hamburg belassen. — Das abgeänderte Statut tritt mit dem 1. Oktober in Kraft.

Zum Punkte:

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Wirte“

erhob der Verbandstag in einer scharf begründeten Erklärung Protest gegen die Gastwirte so unglücklich schädigende Reichsfinanzreform. Bei der nächsten Reichstagswahl soll mit allen Kräften auch unter den bürgerlichen Wirten agitiert werden, daß sie ihre Stimme einem Sozialdemokraten geben, da nur die sozialdemokratische Partei die Interessen des Wirtsgerwerbes gewahrt hat.

Ein weiterer Protest richtet sich gegen die von einer ganzen Anzahl von Städten versuchte und zum Teil beschlossene Einführung von Lustbarkeitssteuern, kommunaler Biersteuern usw.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. — Der Vorsitzende schloß denselben mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die Sozialdemokratie.

Soziales.

Internationale Versicherungs-Kongresse 1911 und 1912.

Das Deutsche Komitee für internationale Sozialversicherung veranstaltet aus Anlaß der Internationalen Hygieneausstellung am 15. und 16. September d. J. in Dresden eine besondere Konferenz. Die Beratungen werden sich auf folgende Punkte beziehen:

Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen, Gewerbekrankheiten und Volkskrankheiten; Methoden des Heilberufes bei Betriebsunfällen, Gewerbekrankheiten und Volkskrankheiten; Verbindung staatlicher Zwangsversicherung und freier Privatversicherung nach den bisherigen praktischen Ergebnissen und die Möglichkeit weiterer Fortentwicklung zu wechselseitiger Ergänzung und Vervollständigung.

Die Teilnahme an der Konferenz wird auf die Mitglieder der nationalen Komitees und die Mitglieder der internationalen Vereinigung für Sozialversicherung beschränkt.

Der nächste allgemeine Kongreß für Sozialversicherung findet 1913 in Washington oder New-York statt.

Der 7. Internationale Kongreß für Versicherungswissenschaft wird in Amsterdam vom 2. bis 7. September 1912 abgehalten.

Deutscher Geschäftsführer für beide internationale Veranstaltungen ist der Generalsekretär des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft, Professor Dr. Rames, Berlin W. 60, Prager Straße 26.

Gerichts-Zeitung.

Erzählungen am Toiletentisch.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber unter Zulauf der Presse wurden auch am Sonnabend die Verhandlungen vor dem Münchener Schwurgericht gegen Dr. Semrau geführt. Ermahnungswort sind folgende Punkte. Ein Geschworener — die 12 Geschworenen wohnen durchweg nicht in München, sondern in seiner Umgebung — überreichte dem Staatsanwalt einen Zettel folgenden Inhalts:

„Wir haben strenge Schutzmaßregeln gegen die Verbreitung von Viehseuchen. Dürfen wir zusehen, daß wir gegenüber der moralischen und körperlichen Verfassung des Volkes — unsere Kinder — so durchlöcherter Gesetze haben? Wie wenig gemeingefährliche Verbrecher werden unschuldig gemacht? Der Angeklagte suchte dazu beitragen, er habe mit seinem Werke kulturhistorische Zwecke verfolgt, die Sittenverderbnis vor der großen französischen Revolution zur Anschauung bringen wollen. Dem hält der Staatsanwalt gegenüber, nichts in den Werken spreche dafür. Sie enthielten lediglich Schmutz, unzüchtige Darstellungen, lediglich in der Absicht, lästerliche Werke zu dienen. Die Verteidiger beantragten, den Geschworenen nicht nur die zur Anklage gebrachten Werke, sondern auch andere erotische Werke zur Ansicht vorzulegen, deren Verfasser ohne Anklage geblieben oder freigesprochen sind. So ein von ersten japanischen Künstlern geschaffenes, bei Piper in München erschienenen Wappenstein und die allseitig als kulturhistorisch höchst wertvoll anerkannten Werke von Edoard Fuchs. Das erotische Moment in der Karikatur und dessen Sittengeschichte. Das Verbot lehnte diese Anträge ab. Bei der Verurteilung und Verlesung der zur Anklage gestellten Werke bringen mehrere Geschworene deutlich ihre Gefühle des Mitleids zum Ausdruck. Die Sachverständigen kamen durchweg zu dem Ergebnis, daß die zur Anklage gestellten Schriften und Abbildungen in höchstem Grade gemein, roh und grobunzüchtig sind und eines kulturhistorischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Charakters entbehren.“

Der Wahrpruch der Geschworenen lautete auf schuldig, das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis sowie auf Einziehung und Vernichtung der beschlagnahmten Schweinereien. Von der Gefängnisstrafe wurde ein Monat als verbüßt erachtet. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe beantragt.

Das Urteil ist aus der lediglich auf Sinnlichkeit und Geldverehrung gerichteten Tätigkeit des Angeklagten und aus der von diesem und seinem Mitschuldigen unternommenen Flucht erklärlich.

Das „Tagebuch des jungen Haubert“ vor Gericht.

Gestern hatte sich vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, begangen durch die Veröffentlichung einer Uebersetzung des aus den Jahren 1849 bis 1851 stammenden Tagebuchs des bekannten französischen Dichters Haubert, der Verleger des „Pan“, Paul Cassier und der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift, der Schriftsteller Wilhelm Herzog, zu verantworten.

In der Nr. 6 der Zeitschrift „Pan“ vom 16. Januar erschien eine Uebersetzung des „Tagebuchs des jungen Haubert“, in welcher dieser eine Schilderung seiner Eindrücke auf seinen Reisen Mailand, Como, nach Neapel und nach Rom (1851) gibt. Der damals in den 20er Jahren stehende Haubert gibt in diesen Tagebuchnotizen unter Darstellung von Land und Volk sowie der all- derung. Diese Notizen waren, nach einem Vermerk in dem Artikel derung. Diese Notizen waren, nach einem Vermerk in dem Artikel „Pan“, von Haubert in ein braunlebernes Notizbuch „hinein- getriggelt“ worden. Die Staatsanwaltschaft verfügte bald nach dem Erscheinen des ersten Teiles der Uebersetzung die Beschlag- nahme mit folgender Begründung: Unter voller Würdigung des künstlerischen Moments dieser Aufzeichnungen drängt sich bei der Lektüre alsbald der Eindruck auf, daß der Verfasser an zahlreichen Stellen der Artikel das fernste Moment in einer außerordentlich künstlerischen Prosa liegenden Weise hervorgehoben hat. Trotz dieser Beschlagnahme erschien die Fortsetzung der Uebersetzung in der Nummer vom 1. Februar, die ebenfalls einer Beschlagnahme anheimfiel. Von der Staatsanwaltschaft wurde daraufhin die jegliche Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften erhoben.

Die Angeklagten bestritten mit aller Entschiedenheit, daß es sich um eine unzüchtige Schrift handele. Richard Dehmel, der von Rechtsanwält Dr. Grünspach als Sachverständiger geladen war, gab sein Gutachten dahin ab: Die Moral vom idealen Standpunkt aus stehe fest, nicht aber die moralische Praxis. Was heute als unzüchtig gilt, werde vielleicht schon in 20 bis 30 Jahren als durchaus sittlich angesehen werden. Einen Mann wie Haubert unter die Frage der Schulpflichtigkeit zu stellen, ist für Künstler- und Literaturschlichter monströs und absurd, es sei dies ebenso, als wenn man Historik auf Bestechlichkeit prüfen oder einen Kriminalpsychologen wie List für eine Verbrechermatur halten würde, weil er

39 Jandorf's 39 Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Große Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Bis Sonnabend den 15. Juli Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. — An jedem Lager ist eine grosse Auswahl von 39 Pf.-Artikeln vorhanden. — Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam.

- 1 Fallfederhalter (Selbstst.) mit grosser Feder **39 Pf.**
- 3 grosse Rollen Toilettepapier **39 Pf.**
- 1 Matrosenmütze für Knaben od. Mädchen **39 Pf.**
- 10 Met. Wachs-tuch-Küchen-spitze **39 Pf.**
- 3 Paar Herren-Schweiss-Socken extra weicht **39 Pf.**

- ### Glas
- 1 Käseglocke mit Untersatz, Steinschl.-Imitat. neue Form, Steinschl.-Imit. **39 Pf.**
 - 1 Butterglocke **39 Pf.**
 - 1 grosse Salatschüssel Steinschl.-Imitation **39 Pf.**
 - 1 Zuckerdose **39 Pf.**
 - 1 Honigdose **39 Pf.**
 - 1 Zitronenpresse mit Untersatz **39 Pf.**
 - 1 Butterkühler m. Metallbägel **39 Pf.**
 - 1 Wasserflasche geschliffen **39 Pf.**
- ### Restbestände in Waschstoffen
- Musseline-Imitat., Zephir, Weiss Batist, Kleiderstoff gemustert, grosse Sortimente Einheitspreis Meter **39 Pf.**
- 2 grosse Kompottieren Steinschliff-Imitation **39 Pf.**
 - 1 Wasserflasche **39 Pf.**
 - 2 Gläser **39 Pf.**
 - 1 Tablett **39 Pf.**

- ### Weisswaren
- 1 elegantes Jabot einseitiges Fason **39 Pf.**
 - 1 Batist-Stickereikragen für Damen **39 Pf.**
 - 1 Spachtelblusen-Kragen **39 Pf.**
 - Kragen für Kinder **39 Pf.**
 - 1 Stickerei-Matrosen- **39 Pf.**
 - 1 hübsches Blumen-Nippes **39 Pf.**
 - 1 Posten Damen-Gummi-Gürtel in verschiedenen Farben und Ausführungen **39 Pf.**
 - 1 Gummi-Gürtel schwarz, mit Perlen-Imit. **39 Pf.**
 - 1 Sammetband - Schleife mit Atlasrücken **39 Pf.**

- ### Lampen
- 1 Küchenlampe m. 6^{er} Brenner **39 Pf.**
 - 6 Gaszylinder mit Goldstempel **39 Pf.**
 - 2 Gasglühstrümpfe **39 Pf.**
 - 1 Handtasche ca. 15 cm lang **39 Pf.**
- ### Baumwollwaren
- 1 Frotteierhandtuch weiss oder beut. **39 Pf.**
 - 1 Trikot-Badehose gestreift **39 Pf.**
 - 1 Badekappe aus Gummistoff **39 Pf.**
 - 3 Wischtücher **39 Pf.**
 - 1 Meter Handtuchstoff, Halbleinen, Gestirnt od. Dreil **39 Pf.**
 - 1¹/₂ Meter Hemdentuch **39 Pf.**
 - 1 Meter Louisiana-tuch **39 Pf.**
 - 1 Meter Züchen **39 Pf.**
 - 1 Meter Piqué-Barchent **39 Pf.**
 - 1 Meter Tennis-Barchent **39 Pf.**
 - 2 Herren-Taschentücher mit Holzkamm u. farbigen Kanten **39 Pf.**
 - 3 Herren-Taschentücher rot, blau, gelb und braun **39 Pf.**

- ### Parfümerien
- 1 Posten franz. Zahn-bürsten z. Aussuch. Stück **39 Pf.**
 - 1 Schwammnetz **39 Pf.**
 - 6 Pack Salmiak-Terpen-tin-Seitenpulver **39 Pf.**
 - 1 Fl. Barbinderwasser **39 Pf.**
 - 1 Flasche Mundwasser **39 Pf.**
 - 1 Flasche Brillantine **39 Pf.**
- ### Schuhwaren
- 1 Paar Gummi-Absätze rund für Damen oder Herren **39 Pf.**
 - 6 Dos. Schuhcreme schwarz in div. Ausführungen, für Damen oder Herren **39 Pf.**
 - 1 Paar Pantoffel **39 Pf.**
- ### Baumwoll Flanell
- in sehr hübschen Streifen Meter **39 Pf.**
- ### Strumpfwaren
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, lederfarbig, bunt- oder farbig geringelt **39 Pf.**
 - 1 Paar Herren-Schweiss-socken starke Qualität **39 Pf.**
 - 1 Paar Herren-Socken **39 Pf.**
 - 1 Docke, 100 Gramm, Strickwolle schwarz oder mollert **39 Pf.**
 - 1 Paar Kinder-Söckchen mit Jacquard-Hand, hell oder dunkelgründig, alle Grössen **39 Pf.**
 - 2 Korsettschoner weiss **39 Pf.**
 - 1 Korsettschoner weiss, mit langen Ärmeln oder mit Spitzen-passe und Banddurchzug **39 Pf.**
 - 1 Paar Kinder-Strümpfe engl. lang, schwarz, leder- o. bunt-farbig geringelt, Grösse 3-10 **39 Pf.**

- ### Steingut
- 3 Speiseteller tief od. flach, m. Goldrand und Linie **39 Pf.**
 - 1 Waschs-servicekrug **39 Pf.**
 - 10 Kompott-schüsseln **39 Pf.**
 - 1 Salz- od. Mehlreste mit Holzschwand **39 Pf.**
 - 2 grosse Salatschüsseln **39 Pf.**
 - 1 Waschs-service-Schüssel **39 Pf.**
 - 6 Speiseteller tief oder flach **39 Pf.**
 - 6 Milchtöpfe braun **39 Pf.**
 - 4 Gemüseschüsseln gerippte Form **39 Pf.**

- 6 Teelöffel Britannia od. Almaina **39 Pf.**
- 1 Paar Damen-Strumpfhalter **39 Pf.**
- 2 Decken-Quadrate vorgezeichnet **39 Pf.**
- 4 Milchtöpfe dekoriert **39 Pf.**
- 2 Vorrats-tonnen dekoriert **39 Pf.**

Noch 2 Parzellen à 750 M. (kleine Anzahlung) in Mahlsdorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pf.-Fahrt v. Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, w. Hoppegarten, Neuenhagen etc. Pläne gratis, Vertreter täglich, auch Sonntags am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Pollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothring Str. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

300 Schreibmaschinen
Gelegenheitskäuf, gebraucht fehlerfr. wie Adler, Ideal, Remingt., Torpedo, Smith Prem., Smith Brothers, Continental, Underwood, Hammond, Mercedes, Stoeker, Yost, Blickens-derfer, Erika, werden zufolge billig. Uebernahme zu außer-ordentlich niedrigen Preisen verkauft, schriftl. Garantie, evtl. Teilzahlung, Vermietung.
Schäfer & Clauß,
Leipziger Str. 19.

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name „Réunion“



Spezialmarken:
Vivara 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vivara-Crème 5 -

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Grösste Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannte Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4. 3014.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indisches Quecksilber.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Groß-Apotheke, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 118/8

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.
Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. geschützt 73 658).
Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VIL 3861.)

Dass wir heute die

grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands

sind, verdanken wir den Sympathien des grossen Publikums, das die qualitative Erstklassigkeit unserer Biere dauernd anerkennt. Damit uns dieses entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin erhalten bleibe, bitten wir, beim Bezuge von Caramel-Bieren in Flaschen ausser auf das blaue Etikett auch auf die Firma zu achten. Minderwertige Nachahmungen sind, wegen der Aehnlichkeit der Etiketten, geeignet, unserem Renomme Schaden zuzufügen. Seien Sie daher vorsichtig und achten Sie stets auf den Namen:

Engelhardt-Caramel-Bier

Unsere Biere sind überall käuflich!

Der deutsche Rundflug.

Der Sonntag sollte für Berlin wieder ein Tag der Flieger sein. Tausende von Menschen waren nach Johannisthal hinaus...

Durch die Erfahrungen am Starttage gewöhnt, hatten die Berliner Verkehrsinsstitute diesmal den Verkehr nach Johannisthal...

Für 3 1/2 Uhr sollte der Start in Halberstadt für die 208 Kilometer lange Strecke nach Berlin beginnen, und da in Dessau...

Über die letzte Etappe des Rundflugs Halberstadt-Berlin liegen noch folgende Drahtmeldungen vor:

Halberstadt, 10. Juli. Bei herrlichem Wetter sind heute Vollmüller, Büchner, Wiencziers, Laitisch und Schauenburg.

Köpenick, 10. Juli. König hat 3.53 Uhr hier den Schleifenflug ausgeführt. Er kam in ungefähr 250 bis 300 Meter...

Dessau, 10. Juli. Büchner traf um 4.55 Uhr hier ein. Sechs Minuten später landete König, und Laitisch überflog um 5.04 Uhr das Zielband.

Freuenbricken, 10. Juli. König ist um 6.20 Uhr infolge des starken Windes bei Freuenbricken gelandet und wird heute abend weiterfliegen.

Koslau, 10. Juli. Laitisch ist, nachdem er in Dessau wieder aufgestiegen war, in der Nähe von Koslau zwischen Weiden und Hundelust infolge einer Motorpanne niedergegangen.

Büchner landete als Erster in Johannisthal. Büchner landete Montag früh 8 Uhr 45 Minuten glatt in Johannisthal unter tosendem Beifall einer großen Menschenmenge.

Montag abend 8 Uhr 38 Min. passierte König das Zielband auf dem Flugplatz Johannisthal. Vollmüller landete um 8 Uhr 40 Minuten auf dem Flugplatz.

Vom Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts. Die Liste der Gemeindevähler Berlins ist für das Jahr 1911 von dem Wahlbureau des Magistrats jetzt aufgestellt worden.

Die Summe aller für die Massenabgrenzung zusammengedählten Steuern beträgt diesmal über 78 1/2 Millionen Mark (genauer: 78 785 709,06 M.), das sind um reichlich 1 1/4 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahre, wo sie rund 73 Millionen Mark betrug.

Die Summe aller für die Massenabgrenzung zusammengedählten Steuern beträgt diesmal über 78 1/2 Millionen Mark (genauer: 78 785 709,06 M.), das sind um reichlich 1 1/4 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahre, wo sie rund 73 Millionen Mark betrug.

Der kleinere Kreis steuerkräftiger Wähler teilt unter sich die 2. und die 1. Klasse so, daß beide Klassen in ihren Steuerleistungen einander gleich sind. Ihre Wählerzahlen fallen dabei sehr ungleich aus, weil die eine Hälfte der gesamten Steuerleistungen aller nicht in die 3. Klasse gehörenden Wähler schon durch ein einziges Häuflein außerordentlich Steuerzahler geliefert wird.

Der kleinere Kreis steuerkräftiger Wähler teilt unter sich die 2. und die 1. Klasse so, daß beide Klassen in ihren Steuerleistungen einander gleich sind. Ihre Wählerzahlen fallen dabei sehr ungleich aus, weil die eine Hälfte der gesamten Steuerleistungen aller nicht in die 3. Klasse gehörenden Wähler schon durch ein einziges Häuflein außerordentlich Steuerzahler geliefert wird.

Der kleinere Kreis steuerkräftiger Wähler teilt unter sich die 2. und die 1. Klasse so, daß beide Klassen in ihren Steuerleistungen einander gleich sind. Ihre Wählerzahlen fallen dabei sehr ungleich aus, weil die eine Hälfte der gesamten Steuerleistungen aller nicht in die 3. Klasse gehörenden Wähler schon durch ein einziges Häuflein außerordentlich Steuerzahler geliefert wird.

Der kleinere Kreis steuerkräftiger Wähler teilt unter sich die 2. und die 1. Klasse so, daß beide Klassen in ihren Steuerleistungen einander gleich sind. Ihre Wählerzahlen fallen dabei sehr ungleich aus, weil die eine Hälfte der gesamten Steuerleistungen aller nicht in die 3. Klasse gehörenden Wähler schon durch ein einziges Häuflein außerordentlich Steuerzahler geliefert wird.

diesem Jahre genügen zur Aufbringung der Hälfte schon die Wähler mit einer Steuerleistung hinab bis zu 7334,00 M. pro Jahr, so daß diesmal alle Wähler, die an Steuern weniger als 7334,00 M. bis zu 193,97 M. hinab zahlen, in die 2. Klasse hineinkommen.

Im Jahre 1911 wird dieser Gegensatz gewiß noch größer geworden sein. Die Wählerzahlen sind aus diesem Jahre noch nicht bekannt, und sie stehen auch noch nicht endgültig fest.

Die neue Gemeindevählerliste

wird vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli anliegen, an den Wochentagen von nachmittags 3 Uhr bis 8 Uhr abends, an den Sonntagen von vormittags 10 Uhr bis 4 Uhr nachmittags.

Table with 3 columns: Turnhalle, für die Wahlbezirke, umfassend die Stadtbezirke. Includes entries for Hagelberger Str. 34, Waldemarstr. 77, Strausberger Str. 9, Oderberger Str. 67, Rabenstr. 12.

Im Hinblick auf den besonders starken Andrang, der diesmal an den Auslegestellen zu erwarten ist, hätte der Magistrat schon noch ein paar Stellen mehr einrichten können.

Wenn es nicht möglich ist, das selber zu tun, der möge sich an eine der Personen wenden, die sich erboten haben, die Listenkontrolle zu übernehmen.

Partei-Angelegenheiten.

Freitag, den 14. Juli, 7 Uhr abends beginnend, findet die

Flugblattverbreitung, in der um Einsichtnahme in die

Gemeindevählerliste Berlins ersucht wird, in den

6 Berliner Kreisen statt.

Wir ersuchen die Parteigenossen allesamt prompt zur Stelle zu sein, damit sich die Verbreitung leicht und rasch erledigt.

Mit Parteigruß: Der Zentralvorstand.

Tausend Parteigenossen! Unser Jahlabend findet Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei Haberland, Liniestraße 78, statt.

Treptow-Baumfischweg. (Ortsteil Baumfischweg.) Morgen Mittwochsabend, nämlich 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend bei Speer, Baumfischweg 68.

Johannisthal. Den Parteigenossen und Genosseninnen zur Kenntnis, daß der Jahlabend in diesem Monat ausfällt.

Alt-Glienide. Am Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jahn, Rudower Str. 64: Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins.

Adlershof. Der Jahlabend am Mittwoch, den 12. Juli, findet für den 1. und 6. Bezirk im „Jugendheim“, Bismarckstr. 11, statt.

Hohenschönhausen. Der morgige Jahlabend findet für den ganzen Bezirk gemeinsam als Mitgliederversammlung statt.

Niederschöneweide. Zu dem morgen Mittwoch stattfindenden Jahlabend in den Bezirkslokalen wollen die Genossen die Verbandsbücher zwecks Regelung der Maimarken mitbringen.

Bahnisdorf, Falkenberg und Umgegend. Am Mittwoch (Jahlabend), abends 8 1/2 Uhr, in „Villa Kahl“: Generalversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Die Hundertjahrfeier der Berliner Arbeiterturner, veranstaltet vom Turnverein „Fichte“, hat wiederum gezeigt, daß die behördliche Nadelstichpolitik gegen diesen Verein...

Die besten Resultate beim Stafettenlauf waren: 7. Männerabteilung 1000 Meter in 2 Minuten 5 Sekunden, 5. Frauenabteilung 750 Meter in 2 Minuten 5 Sekunden.

Die Nacht des Vormundes

reicht weiter als die der Mutter seines Mündels. Oft tritt ein Vormund gegen die Mutter auf und entzieht ihr das Kind mit der Begründung, daß dies im Interesse seines Mündels...

Und wird ein Fall dieser Art bekannt, bei dem eine zur Verheiratung schreitende und darum ihr Kind zurückfordernde Mutter den Vorwurf zu hören bekommt, sie vernachlässige ihre Pflicht...

gleichzeitig mit, daß Ermittlungen angehängt wurden, ob die Sorge für die Person ihres Kindes (wie schon angedeutet worden war) zu erziehen sei. Inzwischen hat Fraulein S. am 12. Juni geheiratet, aber noch immer wartet sie auf die Herausgabe des Kindes. Das Vormundschaftsgericht hatte ihr am 1. Juni geschrieben, sie werde nach ihrer Eheschließung das Kind bekommen, falls der Vormund keine stichhaltigen Gründe anführe, die ein Verbleiben des Kindes in seiner jetzigen Pflegestelle erforderlich machen. Die letzte Aufsicht des Vormundschaftsgerichts ist vom 17. Juni; sie meldet, daß die Ermittlungen, ob das Kind herauszugeben sei, noch schweben.

Welche Gründe der Vormund gegen die Forderung der Mutter geltend macht, ist aus keinem der uns vorgelegten amtlichen Schriftstücke zu ersehen. Privatim schrieb er ihr am 28. Mai: „Die kleine Elisabeth bleibt bis auf weiteres bei den Buchhändlern in Pflege, da ein Grund zur Wegnahme aus ihrer guten Pflege nicht vorliegt und es im Interesse des Kindes liegt, daß es in der jetzigen Schule vorläufig verbleibt.“ Soll nach der inzwischen vollzogenen Eheschließung noch immer kein Grund zur Wegnahme aus der bisherigen Pflege vorliegen? Das Vormundschaftsgericht wird von dem Vormund den Nachweis fordern müssen, daß nicht auch die Mutter dem Kind eine gute Pflege gewähren würde.

Die 2. unterirdische Bedürfnisanstalt auf dem Karl-Platz ist fertiggestellt und in den letzten Tagen von der Polizeibehörde abgenommen worden. Die Eröffnung dieser Anstalt für das Publikum steht unmittelbar bevor. Die Baukosten betragen 80 000 M. Die erste unterirdische Bedürfnisanstalt an der Schloßbrücke hat seinerzeit 90 000 M. gekostet.

Todessturz im Fahrstuhl. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern morgen in der Bahnhofsbräuererei, Abteilung Nordost, in der Landsberger Allee zugetragen. Der 19-jährige Arbeiter Karl Hiltner gehörte zu der Nachschicht der Brauereiarbeiter und wollte gegen 1/2 7 Uhr morgens nach beendeter Dienst den Arbeitsraum verlassen. Er machte sich wahrscheinlich um schneller im Parkterraum zu kommen, an dem Fahrstuhl zu schaffen. Er bog die vor der Fahrstuhltür liegende Stange mittels Zange fort und öffnete mit der Tür selbst. In der Dunkelheit bemerkte er nicht, daß der Liftbehälter nicht auf die zweite Etage eingestiegen war, sondern in über Mannshöhe nach dem dritten Stockwerk zu stand. Der Leichtsinrige beugte sich in dem dunklen Raum vor, trat einen Schritt vorwärts und stürzte in den Fahrstuhlschacht hinab. Der in demselben Augenblick hinzukommende Fahrstuhlwärter hörte den Körper dumpf aufschlagen und fand O. bewegungslos vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt der Unfallstation Warschauer Straße konnte nur noch den infolge Genickbruchs eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Ein zweiter Todessturz erfolgte heute mittag in der Gölliger Straße 86. Dort stürzte die Frau des Schuhmanns Kullts aus einem Fenster des vierten Stocks auf die Straße hinab und war gleichfalls sofort tot.

Zwei schwere Automobilunfälle ereigneten sich am Sonntag in der Reudenborfer Straße und am Kurfürstendamm. In der erstgenannten Stelle wurde die 65-jährige Witwe Bertha Trenner aus der Kungestr. 20 von einem Privatautomobil überfahren und auf der Stelle getötet. Am Kurfürstendamm stieß eine Automobilbesitzerin mit einer Pferdebesitzerin zusammen. Bei der Kollision wurde die Gattin des praktischen Arztes Dr. König aus Charlottenburg einen Unterschenkelbruch und mehrere Quetschungen im Rücken. Auch der Drochsenkutscher trug einige Verletzungen davon.

Achtel auf die Kinder! Mächtig in der Sommerzeit sind die Kinder der Großstadt und ihrer Umgebung besonderen Gefahren ausgesetzt. Wie die Erfahrung lehrt, bringt diese Zeit die meisten Verbrechen gewisser Art. Auch die Berliner Chronik beschäftigt sich, und neue Vorlesungen lehren es immer wieder und mahnen dringend zur Vorsicht. Neuerdings tritt wieder so ein Unheil in der Hasenballe und auf dem Tempelhofer Felde auf. Wiederholt hat er versucht, sich an Kindern, die er irgendwie an sich lockt, zu vergehen. Der gefährliche Mensch ist etwa 30 Jahre alt und ziemlich groß. Er hat schwarzes hochgelocktes Haar, einen schwarzen Schnurrbart und eingefallene Waden und trägt einen schwarzen Jacketanzug, einen schwarzen steifen Hut und einen Spagierstock. Gewöhnlich hat er einen großen Hund bei sich, nach den Beschreibungen der Kinder eine Bulldogge. Alle Eltern, sollten ihren Kindern, die auf die Straße und ins Freie gehen, immer wieder einschärfen, sich niemals mit fremden Menschen einzulassen.

Eine etwa 40 Minuten währende Betriebsstörung im Sonntagsverkehr der Großen Berliner Straßenbahn ereignete sich am Nachmittag in Brix und Niddorf. Infolge eines Defekts an dem Hochspannungsfeld zur Uniformisierung trat von 2.25 bis 3.05 Uhr nachmittags eine Stromstörung ein. Das Störungsgebiet erstreckte sich auf Brix, Mariendorfer Weg, Hertha, Anseebad und Hermannstraße. Durch Hinzuschalten benachbarter Speisepunkte wurde schließlich die Störung gehoben.

Auf dem Friedhofe vom Tode überrascht wurde am Sonntag nachmittags eine etwa 60 Jahre alte Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Sie wurde nachmittags um 4 Uhr im Hofstraßenraum des Georgenfriedhofes an der Landsberger Allee tot aufgefunden. Wahrscheinlich hat sie der Schlag gerührt. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Die Leiche ist mittelgroß und hat dunkles Haar. Sie trug ein grau getreutes Kostüm mit einer blauen Bluse, einen gelben Strohhut mit Rosen und einen schwarzen Sonnenschirm mit blauen und weißen Punkten. Bei sich hatte sie eine Handtasche mit mehreren Schlüsseln.

Zwei Personen beim Baden ertranken. Sonntagnachmittags ertranken im Rägelsee der 87 Jahre alte Schneider Alfred Feig aus der Danziger Str. 18 und die 13 Jahre alte Schülerin Herta Burger, die bei dem Arbeiter Hahn in der Danziger Str. 21 in Pflege war. Am Sonntag machten das kinderlos verheiratete Ehepaar Feig und der Arbeiter Hahn mit seiner Ehegatterin einen Ausflug nach Friedrichshagen. Während Hahn und Frau Feig am Ufer standen, badeten Feig und Herta Burger. Mächtig ging das Mädchen etwas weiter in das Wasser und verdrängte. Feig, der gleich nacheilte, um es zu retten, ging auch sofort unter.

Wie uns zwei Arbeiter, die sich an der leider erfolglosen Rettung der beiden Ertrunkenen beteiligten, mitteilten, befand sich in der Nähe der Unfallstelle ein Motorboot. Trotz mehrfacher Hilferufe sollen es die Insassen des Bootes nicht für nötig befunden haben, irgend etwas zur Rettung der beiden Personen beizutragen. — Die Unfallstelle befand sich etwa 200 Meter von der ersten Landungsbrücke des Friedrichshagen entfernt.

Selbstmord durch Verbrennen. Auf schreckliche Weise verbrannte am Sonntag vormittag der 33-jährige Hausierer Mendel Wohl aus Alt-Borsigens Selbstmord. Der nervenkranke Mann begab sich in einer Landkolonie an der Bernholmer Straße vollständig mit Petroleum und zündete dann sich selbst an. Im Augenblick der Unglücksfälle einer Feuerfäule. Obgleich Laubendwöhner sofort hinzueilten und die Flammen erstickten, hatte Wohl doch schon am ganzen Körper so schwere Brandwunden davongetragen, daß er bald darauf starb. Die Leiche kam nach dem Schauhaus.

Sein Nächsting auf dem Boden schwer verunglückt ist der 58 Jahre alte frühere Diener Paul Schulz auf dem Grundstück Stargarder Str. 83. Schulz, der mit Blumen handelte, ging, bevor er drei Jahren durch eine Blutvergiftung seinen rechten Arm. Jetzt geriet er bald in Not und zuletzt wurde er auch wohnungslos. Vorgehen am Abend legte er sich zum Schlafen auf den Hausboden des beheizten Grundstücks, fiel die Treppe herunter und zog sich einen Schädelbruch zu. Die Rettungswache in der Gaudystraße ließ den Verunglückten nach dem Virchow-Krankenhaus bringen.

Ein Tobsüchtiger bedrohte am Sonntagnachmittags gegen 5 Uhr die Passanten der Badstraße. In der Nähe der Poststraße sprang plötzlich ein etwa 20-jähriger, herkulischer gebauter junger Mensch aus der Tür eines Hauses und warf sich auf einen gerade vorbeigehenden Arbeiter. Derselbe hatte alle Mäße, seinen Angreifer abzuwehren, im nächsten Augenblick aber griff der Mensch eine Frau an, bis nach derselben, um dann wieder einen Knaben mit einem Fausttritt fortzuschleudern. Zwei hinzueilenden Schulknaben und einigen kräftigen Männern aus dem Publikum gelang es, den Rasenden nach der Unfallstation in der Badstraße zu schaffen. Hier riß sich der Tobsüchtige los, zertrümmerte die Fensterscheiben der Station und biß dann einem Schuttmann in die Hand. Schließlich mußte der Mann, dessen Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten, mittels Krankentransportwagen nach der Irrenanstalt in Dalldorf geschafft werden.

Radrennen im Olympia-Park. Der „Rohr-Preis“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer (2000, 1500, 1200, 1000, 700 M.) wurde von Gustav Janke-Berlin in 1 Std. 17 Min. 0 1/2 Sek. vor R. Walthour-Rein-Hort 920 Meter, R. Schuermann-Bredlau 2300 Meter, A. Wanderslust-Brüssel 4010 Meter und M. Grilla-Berlin, weit zurück, gewonnen. Bis zum 40. Kilometer war Walthour an der Spitze, dann verlor er infolge Radschadens vier Runden, die er, obwohl er namentlich zum Schluß ganz hervorragend fuhr, nicht wieder gutzumachen vermochte; auch Schuermann hatte wiederholt unter Radschaden zu leiden. Wanderslust und Grilla blieben von Anfang an zurück. Unter dem Beifall der zahlreichen Zuschauer fuhr Janke mit einem vergoldeten Metallkranz geschmückt, der am Grabe Nothke niedergelegt werden soll, eine Ehrenrunde; aber auch dem Amerikaner wurde lebhafteste Anerkennung zu teil. Einige „Niederrennen“ vervollständigten das Programm. Eröffnungsfahren. 1200 Meter. 30, 20, 15, 10 M. 1. Rudel in 1 Min. 51,2 Sek., 2. Finn, 3. Pawke, 4. R. Müller. Nicht placiert: Amelang und Padebusch. In sechs Vorläufen 53 Fahrer. — Hauptfahren. 1200 Meter. 30, 40, 20, 15 M. 1. Stabe in 2 Min. 1/2 Sek., 2. Wegener, 3. Großmann, 4. Ganzvoort. In drei Vorläufen neun Fahrer. — Vorgabefahren. 504 1/2 Meter. 50, 30, 20, 10 M. 1. Finn (30 Meter Vorgabe) in 1 Min. 4 Sek., 2. Wegener (0), 3. Stabe (0), 4. Großmann (10). Nicht placiert 12 Fahrer. In den vier Vorläufen 63 Fahrer. — Prämanfahren. 4000 Meter. 40, 25, 15, 10 M. 1. Wegener in 6 Min. 20 Sek., 2. Rudel, 3. Schmittchen, 4. Finn. 43 Fahrer in einem Lauf. Die Rennen verliefen bei gutem Wetter ohne Unfall.

Dem Zoologischen Garten sind aus Punta Arenas in Chile außer zehn argentinischen Gärten, die besonders durch ihre ganz verschiedene Färbung bei Männchen und Weibchen auffallen, sechs Darwin's Raudus geschickt worden, die alle in bester Verfassung eingetroffen sind und jetzt zwei Abteilungen des Straußenhauses bewohnen. Diese im Tierhandel sehr seltenen amerikanischen Strauße unterscheiden sich von der häufigeren, nördlichen Form durch geringere Größe, dichtere Befiederung, die nebligere Beschuldigung der Flügel und die bei alten Vögeln mit Weiß gemischte Färbung. Es ist für die Vögel ungemein fessend, die verschiedenen Stellungen der aus sieben Stück bestehenden Gruppe, worunter ein alter Artgenosse sich schon längere Zeit im Garten befindet, zu beobachten.

Vorort-Nachrichten.

Langwitz.

Die letzte Gemeindevorstellung vor den Ferien hatte sich mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Gemeindevorsteher Verlinde teilte wie folgt mit, unentschieden. Den Herrn auf Grund des Ortsstatuts deshalb in Strafe zu nehmen wurde jedoch abgelehnt, es soll ihm davon Mitteilung gemacht werden, daß ihm eine Strafe drohe. Darauf stand der vom Gemeindevorsteher Teurig gestellte Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung, mit welchem sich ein Ausschuss beschäftigt hatte, zur Verhandlung. Da in den Ausschuss nur bürgerliche Vertreter mit dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden gewählt worden waren, kam bei der ganzen Sache nichts heraus. Anstatt, wie es verlangt worden war, dem einzelnen Gemeindevorsteher mehr Rechte einzuräumen, hat man ihm noch welche genommen. Nach dem Vorschlag der Kommission müssen zu jedem Antrag oder Interpellation an den Gemeindevorstand ein Viertel der Mitglieder der Vertretung ihre Zustimmung geben, sonst ist es nicht möglich, einen solchen zu stellen. Anfragen an den Gemeindevorsteher sind in Langwitz in der Gemeindevorstellung ebenfalls nicht gestattet; eine solche Einengung der Rechte finden die gesamten bürgerlichen Vertreter in der Ordnung und dann wundern sich die Herren, wenn gegen eine solche Behandlung scharfe Ausdrücke des Protestes gebraucht werden. Im Verlauf der Debatte wandten sich die Gemeindevorsteher Teurig und Madile (Soz.) gegen solche Änderungen der Geschäftsordnung. Bei der Behandlung der Sache wurde dem Gemeindevorsteher Teurig nach Erteilung dreier Ordnungsstrafe das Wort entzogen.

Ein Antrag zum Ortsstatut über die Verunstaltung von Straßen und Plätzen, welcher sich hauptsächlich auf das Kopenhafner Terrain bis zur Anhaltischen Eisenbahn bezog, wurde nach einigen Änderungen mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Nachdem in diesem Ortsteil bereits vor Jahren mehrere große Mietshäuser entstanden sind, will man dem jetzt Einhalt gebieten und nur noch Willen erlauben; auch die Einschränkung, daß bei über 80 Meter tiefen Grundstücken ein Gartenhaus gebaut werden kann, wollte der Gemeindevorsteher nicht zulassen. Er mußte sich jedoch mit dieser Bestimmung abfinden und auch zulassen, daß der vornehme Landhausbau erst 50 Meter von der Westgrenze der Viktoriastraße anfängt. Die Neuregelung der Umfassungserordnung wurde ohne Debatte angenommen; desgleichen die Errichtung einer Lehrer- und Lehrerinnenstelle an der Gemeindevorstellung 2 zu Ostern 1912.

Genosse Rabitz regte die Teilung der ersten Knabenklasse an, welche zurzeit mit 58 Schülern besetzt ist; bei einer so hohen Besetzung ist es unmöglich, den Kindern die nötige Belehrung zuteil werden zu lassen. Der Gemeindevorsteher versprach dem Zustande die nötige Beachtung zu schenken. Den Grundbesitzern wurde die Aufstellung von 5 Wohnungskafeln an den Hauptverkehrsstraßen unentgeltlich gestattet. Am Bahnhof soll ein Durchgang nach der Rathausseite geschaffen werden. Da die Wohnbehörde die Notwendigkeit im Interesse des Verkehrs jetzt noch nicht anerkennt, muß die Gemeinde die Kosten übernehmen. Dieselben belaufen sich für den Durchbruch auf 25 000 M. für Reinigung und Beleuchtung sind jährlich 578 M. auf 10 Jahre zu leisten. Wenn dann der Verkehr sich genügend entwickelt hat, übernimmt die Wohnbehörde diese Kosten. Dem Projekt wurde zugestimmt.

Ober-Schönweide.

Gemeindevorstellung. Vom Vorsteher wurde mitgeteilt, daß der Beschluß der letzten Gemeindevorstellung, nach welchem entgegen der Verfügung der Schulaufsichtsbehörde dem Arbeiterturnverein die Turnhallen ausserdem zur Verfügung stehen, von der Aufsichtsbehörde beanstandet sei. Ob sich die Vertretung dabei beruhigen will, wird sich in der nächsten Sitzung zeigen, die dieser Punkt beschäftigen wird. Es wird auch endlich einmal gesagt werden müssen, aus welchen Gründen das Vorgehen gegen den Turnverein erfolgt ist. bisher hat man dies noch nicht erfahren. Oder sollte das der Gemeindevorsteher, der so exakt der Regierungsverfügung Geltung verschafft, selbst nicht wissen? Die Arbeiten und Lieferungen für die innere Einrichtung des Realgymnasiums wurden nach den Vorschlägen der Baukommission vergeben; die Gründung der Anstalt soll am 9. Oktober erfolgen. Vom Genossen Grunow wurde ein Vorschlag des Kuratoriums demangelt, wonach für die Schüler dieser Anstalt in dem Gebäude ein Kuderkasten vorgelesen, in welchem zur Winterzeit das Rudern gelehrt werden soll. Diese Art Ueberbort sei entschieden zu verwerfen, man solle getrost im Winter Wintersport treiben. Eine längere Debatte entspann sich darüber, den für das Realgymnasium zu beschaffenden Projektionsapparat auch den Volksschulen zugänglich zu machen. Mit Recht wurde von verschiedenen Seiten das

Vorgehen der Schulbehörde in Bezug auf die Turnhallen als Beispiel angeführt, wie wenig man das Eigentumsrecht der Gemeinde achtet. Die Vertretung beschloß die Anschaffung mit der Maßgabe, daß der Apparat auch den Volksschulen in den Räumen des Gymnasiums zur Verfügung zu stehen hat. Die Vergabung von Arbeiten der Gemeinde an Gemeindevorsteher hat wieder einmal die Schädlichkeit dieser Praxis gezeigt. So jetzt wieder bei Vergabung von Malerarbeiten für die 2. Volksschule. Die Vorgänge bei der Submission forderten die Beurteilung der Mehrheit der Vertretung heraus. Genosse Nutz unternahm es, den ganzen Widerspruch dieses Gebrauches darzutun, welches notwendigerweise zu corrupten Zuständen führen müsse und stellte für die nächste Sitzung der Vertretung einen Antrag in Aussicht, welcher die Vertreter von solchen Arbeiten oder Lieferungen ausschloß.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Bevor die Potsdamer Stadtbäter in die Ferien gehen konnten, mußten sie noch eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung erledigen. Den Kernpunkt des Tages bildete die Aufnahme einer Anleihe von 1 780 000 M., welcher die Stadtbäter ohne Debatte zustimmten. Diese Anleihe soll mit 051 000 M. gegen 3 1/2 Proz. Zinsen der städtischen Sparkasse entnommen werden, während der Rest durch ein noch zu suchendes Darlehen mit 4 Proz. gedeckt werden soll. Diese Anleihe ist u. a. mit 225 000 M. zum Erwerb des Flugplatzgeländes bestimmt. — Auf Antrag des Magistrats sollen die technischen Lehrerinnen Ortszulagen erhalten und zwar als erste Stufe nach 4 Jahren 50 M. und dann in Zwischenräumen immer 30 M. bis zum Höchstbetrage von 820 M. Trotzdem anfangs bei den Stadtverordneten wenig Stimmung für diese Zulagen herrschte, nahm man doch einen Vermittlungsantrag an, nach welchem die Zulagen etwas kleiner bemessen wurden, so daß ein Höchstbetrag von nur 210 M. herauskommt. — Der mit einigen hiesigen Unternehmern abgeschlossene Vertrag über die Abnahme des in der städtischen Gefrieranlage auf dem Schlachthofe erzeugten Kunstees läuft am 31. März 1912 ab. Die Gesellschaft, der auch zwei Stadtverordnete angehören, klagt über schlechte Geschäfte und will daher den Preis für die ersten 700 000 Kilogramm von 1,20 M. auf 1 M. pro 100 Kilogramm ermäßigt haben, weitere Quanten sollen von 1 M. auf 60 Pf. pro 100 Kilogramm ermäßigt werden. Dem stimmten die Stadtverordneten zu. Wäre hier nicht eine Ausdehnung am Platze gewesen? Für hiesige Veränderungen des Verordnungsheftes bewilligte man 1150 M. für die Umbildung der Turnhalle der VIII. Gemeindevorstellung werden 1100 M. gefordert und bewilligt. Weiter bewilligte man für Neubildung von vier Klassen der Charlottenstraße 1200 M., für Abzug der Häuser am Kanal 85/39 2500 M., für Abzug des Kellertores 2000 M., für die Ent- und Bewässerungsanlage für das Grundstück Neue Luisenstr. 26 2000 M., für Abzug eines Teiles des Stieghauses 500 M., für Planierung, Befestigung und Entwässerung des Hofes der I. Gemeindevorstellung 900 M., Restaurierung der VII. Gemeindevorstellung 1900 M., für Anbringung von Glasfenstern usw. in der VIII. Gemeindevorstellung 300 M. und für Reparatur des Hofwerkes vor Neue Luisenstr. 27 1000 M. Die Schüler des Realgymnasiums wollen sich dem Rudersport widmen. Der Direktor Walthor hatte sich deshalb an den Verein zur Förderung der Reibebübungen mit dem Antrage gewandt, Mittel zur Anschaffung eines Bootes zur Verfügung zu stellen. Der Verein hatte aber abgelehnt mit der Begründung, daß er den Grundbesitz vertritt, daß seine Mittel mehr der ärmeren Klassen zu gute kommen sollen. Nunmehr hat die Stadtverordnetenversammlung 800 M. zu dem genannten Zweck bewilligt. Gegen die Bewilligung haben wir nichts einzuwenden, im Gegenteil, wir begrüßen sie. Nur wünschen wir, daß man nicht vergessen möge, daß auch die Gemeindevorsteher Freunde des Sports sind, daß ihnen aber ihre finanzielle Lage nicht gestattet, Sport zu treiben. Hoffentlich wird deshalb bei der nächsten derartigen Vorlage, die bereits prophezeit worden ist, auch ein Votum für die Gemeindevorsteher zu finden sein. — Fünf neue Straßen sollen gekauft werden. Die vom Magistrat vorgeschlagenen Namen können den Stadtbätern nicht gefallen. Eine Kommission soll die Angelegenheit regeln.

Leser- und Bibliothekklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Karl Vichorn, Danziger, Str. 10. Vortrag. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 8. Juli 1911, nach Ermittelung des königlichen Preisprüfungsamtes. Markthallenpreise. (Steinhandel.) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Nudeln 20,00—60,00. Kartoffeln 7,00—20,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,10—1,60. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Kalle 1,00—3,00. Bänder 1,00—3,00. Gekochte 1,40 bis 2,50. Barfisch 1,00—2,00. Schmalz 1,20—3,40. Weiz 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.

Witterungsüberblick vom 10. Juli 1911.

Stationen	Barometerstand man	Windrichtung	Wetter	Temp. in d. Luft	Stationen	Barometerstand man	Windrichtung	Wetter	Temp. in d. Luft
Schwetmb.	771 2/3	2 wolklos	17	Dachau	760 3/4	2 wolklos	15		
Hamburg	774 2/3	3 wolklos	15	Lehrsb.	755 2/3	3 bedeckt	12		
Berlin	771 3/4	3 wolklos	17	Schw.	773 0	5 halb bd.	16		
Frankfurt a. M.	772 0	3 heiter	16	Herborn	778 2/3	1 wolklos	14		
München	770 0	3 wolklos	14	Darm.	772 2/3	3 wolklos	14		
Wien	769 2/3	2 heiter	15						

Wetterprognose für Dienstag, den 11. Juli 1911. Trocken und vorwiegend heiter, nachts kühl, am Tage wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterdienst.

der Landesanstalt für Wetterkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wetterstand-Nachrichten			
Kaffeehand		Kaffeehand	
am 9. 7.	am 8. 7.	am 9. 7.	am 8. 7.
am	am	am	am
Remel, Isth	83	Saale, Groditz	45
Regel, Ankerberg	44	Saale, Spandau	29
Regel, Thum	80	Saale, Rathenow	20
Ober, Kollhof	111	Spree, Spremberg	73
Kollhof	61	Westm	82
Frankfurt	76	Wetzl., Hohen	-116
Halle, Schrumm	-8	Wetzl., Hohen	-41
Halle, Landsberg	-23	Halle, Magdalenau	453
Rehe, Vorbamm	-22	Halle	256
Elbe, Seimert	-73	Halle	244
Dresden	-194	Halle, Heilbrunn	40
Borsig	34	Halle, Wertheim	-
Magdeburg	50	Halle, Trier	19

+) bedeutet Wind, — Ball. — *) Unterbeleg.

Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 abends statt.

H. St. Sie brauchen Mitgliedsliste und Statuten nicht einzuweisen. — Berlin, Rein. — Stockholm. 1.—3. Ja. — Knaack. 1. Der Wirt hat Recht. 2. Ihre Mieter müssen die Räumung annehmen. Sie sind aber schuldensfähig. — Dr. 47. Ulva von 8—7. — Weddingstr. 1a. Ja. — R. 30. In rein private Angelegenheiten können wir nicht einmischen. — Anzeig. 2. Sie können warten, bis Sie eine amtliche Aufforderung erhalten, doch empfiehlt sich, dies im Interesse der Gesundheit Ihres Kindes nicht. — R. 3. 18. Der Mann darf mit vollendetem 21. Lebensjahr heiraten. Vorher nur, falls er für volljährig erklärt ist (von 15 Jahren ab) und außerdem erteilte Genehmigung erhält ist. — Krumbold. Sie können mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden.

Bei Kassenhalt in einigen Kreisstädten Ostpreußen wird die Kasse fortgesetzt. Sonst ruht das Recht des Rentenzugs während Ihres Abwesens in Österreich. — **A. A. Stahlstrasse.** Geben Sie in die Anmeldebüro des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Neusiedlerstraße. Verschaffen Sie sich vorher beim Bezirksvorsteher ein Verzeichnis und beantragen Sie dann bei Gericht Bewilligung des Armenrechts. — **Paßkreuz.** Läßt sich nur bei genauer Kenntnis des Sachverhalts beurteilen. — **A. W. 1. Ja. 2. Ja. 3. Wohnung.** 1. Ja. 2. Läßt sich nicht genau begrenzen. — **W. S. 29.**

Rein. — **W. S. 42.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — **G. S. 27. Ja.** — **Zebrung.** Lassen Sie sich den Abzug nicht gefallen. — **W. S. 57.** Das Kassenbuch ist maßgebend. — **A. W. 100.** 1. Die freie Wohnung muß berücksichtigt werden. 2. Die Kirchensteuer müssen Sie zahlen. Treten Sie aus der Kirche aus! — **S. S. 1.** Sie können nur auf Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft klagen. Der Prozeß kann einige Monate dauern. 2. Ja. 3. Rein. — **S. S. 29.** 1. Nicht voraussetzbar. 2. Ja. 3. Mit der Veröffentlichung. 4. Bei beiden. — **Zd. 450. Ge-**

burksurkunden. — **Nr. 99. Schul-Gesetze.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — **Michaelis.** Wenn der Schuldner über das Geld verfügen dürfte, gehört es zur Masse. — **W. S. 100.** Sie müssen zahlen. — **Wagen.** Sie sind ersatzpflichtig. — **S. S. 100.** 1. Es genügt, den Chauffeur zu verklagen. 2. Drei Jahre. 3. Rein. 4. Einmalige Geld. 5. Sie können den ganzen Schaden ersetzt verlangen. 6. Bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Schaden verursacht worden ist oder am Wohnort des Beklagten. — **Streitfrage 23a.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Rein. — **27. J. G. Ja.**

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
5. Gruppe.
Am Freitag, den 7. Juli, verstarb nach kurzem Leiden unter langjähriger Genesse, der Krankenkontrollleur
Ludwig Koppitz
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses Westend nach dem Luisenkirchhof, Büstenbrunner Weg, aus statt.
Die Genossen treffen sich um 4 Uhr im Volkshaus.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein
Sitz Berlin.
Am 7. Juli verstarb nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser liebes Mitglied, der Maschinensetzer
Willi Schäfer
aus Reinmann im Alter von 28 Jahren.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Nixdorfer Gemeinde-Friedhofe, Nixdorfer Weg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser bergenguter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Krankenkontrollleur
Ludwig Koppitz
nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Westend nach dem neuen Luisenkirchhof, Büstenbrunner Weg, aus statt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist unser unseiner Kämpfer, der Kollege
Julius Peschel
von den Steinplätzen entzogen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, morgens 6 Uhr, unser lieber Vater, der Tischler
Wohrad Eichhorn
im 64. Lebensjahre nach langem Leiden verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Eichhorn.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Richard Art
am 8. d. Mts. im Alter von 38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe ungeschickte Frau, Mutter und Großmutter
Justine Grobler geb. Bachgänger
im 55. Lebensjahre verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Gustav Grobler
und Angehörige.
Dunderstraße 53.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle 6 des Gethsemani-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau und Tante
Anna Hoffmann geb. Porzka
am Sonntag, den 9. Juli 1911, nachts 1 Uhr, im 49. Lebensjahre nach jahrelanger, mit Geduld ertragenen Leiden in ihrem Sommeraufenthalte durch einen Herzschlag verstorben ist.
Der trauernden Gatte
Karl Hoffmann,
Engl. Garten, Alexanderstr. 70.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Am 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, entfiel infolge einer Lungenerkrankung nach kurzem aber schwerem Leiden meine innigstgeliebte, ungeschickte, brave Frau, unsere gute Mutter und Schwester
Anna Kupper geb. Haas
im 45. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten im Namen der tiefbetrübt Hinterbliebenen
Karl Kupper mit Kindern.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Berta Kranz geb. Zeiser
im Alter von 53 Jahren Sonntag früh sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Karl Kranz und Kinder
Polener Straße 22.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dauftagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Barbara Poschmann
sagen wir allen Teilnehmern, dem Schöneberger Wahlverein, sowie dem sozialdemokratischen Gastwirtverband und dem Schöneberger Männerchor für die gütige Bewilligung unserer tiefgefühltesten Dank.
Valentin Poschmann und Sohn, Schwester, Schwager und Nichten.

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Rahel'sches Doppelquartett“ meinen herzlichsten Dank.
Edwige Anna Holzbecher.

Allen lieben Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das altbekannte Etablissement

Süd-Ost

in elegant renoviertem Zustande eröffnet habe und richte an alle Vereine und Gewerkschaften die Bitte, mich gütigst unterstützen zu wollen.
Franz Wodarg,
Waldemarstr. 75.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 13. Juli 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse 58-59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission und Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes und Branchenanliegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Sektionsvorstand.

Sonntag, den 29. Juli 1911, in Miems Festhallen, Hasenheide:

Erstes Stiftungs-Fest des Zweigvereins Berlin.

Wohlsitz hierzu sind bei den Hausflössern und im Bureau, Engelauer 15, zu haben.
Begen Inventur der Bibliothek bleibt dieselbe im Monat Juli geschlossen. Alle noch entlehnten Bücher ersuchen wir, bis Montag, den 17. Juli ex., zurückzuliefern.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Tischler. Bezirk Nixdorf.
Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr (gleich nach Feierabend), im Idealcasino (Städt.), Weichselstr. 8:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Langhammer über „Die Berliner Holzindustrie und deren Funktion“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Kommission.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Dt.-Wilmerdorf und Umgegend.

Die Vertreter der Arbeitgeber werden hiermit zu einer am Sonntag, den 16. Juli 1911, vormittags 11 Uhr, im Idealcasino, Hlandstr. 116/17, stattfindenden
Versammlung
ergebenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
Erstwahl für das ausgesetzene Vorstandsmittelglied W. Wenz für die Amtsperiode bis 30. September 1911.
Dt.-Wilmerdorf, 7. Juli 1911.
Der Vorstand.

Herrenpartie nach Helmühle-Biesenthal.

Abfahrtsort am Denkmal. Ode Richard- und Bergstraße. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 8 Uhr 30 Min. Treffpunkt für Nachzügler: Restaurant „Seeschloß“ in Biesenthal.
Sonntag, den 16. Juli, früh 7 Uhr:
Treffpunkt am Denkmal. Ode Richard- und Bergstraße. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 8 Uhr 30 Min. Treffpunkt für Nachzügler: Restaurant „Seeschloß“ in Biesenthal.

Ortskrankenkasse der Bildhauer, Stukkateure u. verwandte Gewerbe zu Berlin.

Die in der Generalversammlung vom 20. April d. J. beschlossene achte Statutenänderung des § 30 unseres Statuts, monach vom 1. Mai d. J. ab bei nur tageweiser Beschäftigung innerhalb einer Woche, nur für die Eintrittswoche der volle Wochenbeitrag erhoben wird, für die Austrittswoche aber gar nicht, wenn das Arbeitsverhältnis vor dem Sonnabend gelöst wird, ist am 13. Juni d. J. vom Bezirksauschuß genehmigt worden.
Berlin den 11. Juli 1911.
Der Vorstand.
A. U.: Fritz Waldeyer, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1259. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1267.
Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Saale I des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Versammlung der Bauanschläger.
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 2. Verschiedenes.
NB. In dieser Versammlung werden Flugblätter und die Billets zur Dampfpartie ausgegeben; ein guter Besuch ist darum nötig.
Die Ortsverwaltung.

Hermann Fischers billigste Särge

Urbanstr. 111, früher Nixdorf. Teilzahlung wöchentl. nur 1 Mk. Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Feinschmiederei, Gramophone, Mandolin, Gelbes, Teppiche, Stepp- und Tischdecken, Bilder, Fabrikr. etc.
Wassergasse 22, Reinholdstr. 16, Guben-Strasse 16.

MANOLI

Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Eine vollwertige Schreibmaschine

mit zweijähriger schriftlicher Garantie, für 6 Mk. Monatszahlung offerieren wir hiermit, um die Popularisierung der Schreibmaschine in weitestem Maße durchzuführen, und überlassen sie solvent, u. ernsthafte Reflektanten ohne Anzahlung, ohne Kaufverpflichtung, 3 Tage Probe, lediglich gegen Vergütung der minimalen Postkosten für die Hin- u. event. Rücksendung. Unsere Maschine, welche inkl. verschleißbarem Reiskoffer ohne Einballgebühren zum beispiellos niedrigen Preise von 165.- Mk. unter obengenannten Bedingungen geliefert wird, ist eine vollwertige Kiviat-Schreibmaschine mit allen Vorzügen der teuren Maschinen, wie: leichte Erwerblichkeit, große Schreibgeschwindigkeit, klare, saubere, leicht lesbare Schrift, unbedingte Gedächtnis der Zeilen, starke Durchdringungskraft, Einrichtung für Tabellenschrift, leichtestes Gewicht (14 kg), Metalltypen, große Handlichkeit etc.



Aus der großen Zahl der Anerkennungen erwähnen wir: „Ich habe mehrere Jahre mit teuren Maschinen geschrieben, kann aber konstatieren, daß Ihre Maschine an Leistungsfähigkeit keiner anderen Marke nachsteht.“
Der Vorleser einer Kanzlei schreibt u. a.: „Sie arbeitet in meiner Kanzlei so flott und kann allen Vorzügen einer teuren Maschine gleichgestellt werden.“ — Ferner: „Wenn jemand für wenig Geld eine vorzügliche Maschine haben will, so nehme er nur die Ihrige“ etc. etc.

Bial & Freund, Breslau II
Postfach 120/55

Wer den Wunsch hat, eine Schreibmaschine zu besitzen, verlange sofort per Postkarte unter Bezugnahme auf dieses Inserat die riskolose Probeführung unserer Maschine

Ohne Anzahlung
5 Tage zur Probe

Wasserparzellen

Neu! von 200 M. an. Neu! Idyllisch gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin, See, Wald, Fließ- u. Landparzellen spottbillig!
Berlin, J. Rieger, Gontard-Str. 5.

Stoffe

englische Neuheiten für Kräfte, Ulmer, Baretts u. m. Meter 0,50, 7,50 etc. Tuchlager Gesellschaft m. B. G. Gertraudenstr. 20-21

bel 6.- Mark Monatszahlung

